



Pressemitteilung

22. März 1966

der

Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Unter Beteiligung namhafter Persönlichkeiten des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, darunter Frau Bundesminister Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Propst D. Dr. Heinrich Grüber und Oberbürgermeister a.D. Dr. Werner Bockelmann, wurde in Bonn am Montag, den 21. März, die "Deutsch-Israelische Gesellschaft" gegründet. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Rechtsanwalt Gerhard Jahn, SPD-MdB, gewählt. Ehrenpräsident und Vorsitzender des Kuratoriums der "Deutsch-Israelischen Gesellschaft" ist Propst D. Dr. Heinrich Grüber. Dem Vorstand der "Deutsch-Israelischen Gesellschaft" gehören an Prof. Rolf Rendtorff, der Bundestagsabgeordnete Ernst Benda sowie Bankdirektor Walter Hesselbach als stellvertretende Präsidenten; ferner Bundestagsvizepräsident Dr. Thomas Dehler, Landeskirchenrat Nikolaus Becker, Pater Dr. Willehad Eckert, Diplom-Volkswirt Walter Sylten, Beigeordneter Johannes Giesberts, Oberstadtdirektor a.D. Dr. Erich-Walter Lotz, Dr. Christof Freiherr von Imhoff, Rolf Loewenberg, Heinz Putzrath, Konrad Hoffmann und Dieter Rieke. Die "Deutsch-Israelische Gesellschaft" ist eine Vereinigung, die den Kontakt zwischen Deutschland und Israel in allen Bereichen des politischen und kulturellen Lebens vertieft. Die Vereinigung dient der Förderung internationaler Verbundenheit, der Toleranz und der Verständigung der Völker insbesondere im Nahen Osten. Die vorläufige Geschäftsstelle der Gesellschaft ist in Bonn, Bundeshaus, Büro Rechtsanwalt Gerhard Jahn, MdB. Eine öffentliche Gründungsveranstaltung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wird am 22. März 1966 in Bonn stattfinden.



**DEUTSCH-ISRAELISCHE
GESELLSCHAFT E.V.**

60 JAHRE | 1966 - 2026

Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 12–16 | 10117 Berlin
Telefon 030/80 90 70 28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Chefredaktion

Claudia Korenke

Redaktionsteam

Constantin Ganss
Daniel Killy
Lasse Schauder
Dr. Kay Schweigmann-Greve

Titelbild

Pressemitteilung zur Gründung der
Deutsch-Israelischen Gesellschaft.
Foto: DIG

Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin
Telefon 030/401 89 39
info@schwarzer-druck.de

Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin

Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des
DIG Magazins ist mit dem Mitglieds-
beitrag abgegolten. Für namentlich
gekennzeichnete Artikel sind die
jeweiligen Autorinnen und Autoren
verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELADEBEXXX

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

Inhalt

- 1 | Editorial
Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.

60 Jahre Deutsch-Israelische Gesellschaft

- 2 | „Wann, wenn nicht jetzt?
Wer, wenn nicht wir?“
- 6 | 1966 – Israel.
Kibbuz und Technion oder: Vom Entstehen eines Lebensthemas

Aktuell

- 8 | Deutsch-Israelische Begegnungen – JETZT!
- 14 | Der Terror hat ein Geschäftsmodell – und Europa ist Teil davon
- 16 | IMEC – der resiliente Handels- und Energiekorridor:
Israel liefert das Herzstück: Die Schienen des Friedens
- 18 | Deutsch Israelische Gesellschaft – Präsidium:
Stellungnahme zur Gesetzesinitiative zur Einführung der Todesstrafe
- 20 | Brief des Präsidenten

Reportage

- 12 | Zwischen Rückkehr und Ruinen: Ein Besuch in den Kibbuzim Magen und Kfar Aza

Hauptversammlung 2026

- 22 | Einladung zur 42. ordentlichen Hauptversammlung der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft e.V.

Aus den AGs

- 24 | DIG Bocholt: Der große Raubzug
- 25 | AG Bonn: Ein Abend mit Efrat Machikawa und Petra Hemming
- 26 | AG Bonn: Iranisches Konsulat in Bonn?
- 27 | AG Buxtehude: Gegen Juden- und Israelfeindschaft in der Kleinstadt
- 28 | Jugendaustausch: Buxtehuder Jugendleiter:innen erneut in Israel
- 29 | AG Frankfurt: Das neue Normal
- 31 | AG Gifhorn: Benefizkonzert für den Kibbuz Nir OZ
- 32 | DIG Hannover: Die DIG bei Eziden, Kurden und Iranern
- 34 | AG Kassel: Tanz als Dialog
- 35 | AG Magdeburg: Neuer Vorstand und viele Herausforderungen
- 36 | AG Münster: Münster feiert 60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen
- 37 | AG Nürnberg-Mittelfranken: Zwischen Idealismus und Realität – eine Perspektive auf den Nahen Osten
- 38 | AG Potsdam: Zwei Zeichen
- 39 | AG Stuttgart: Stimmen aus Israel – Onlinepanel

Rezensionen

- 41 | Joachim A. Lang und Thomas Weber:
Nach der Nacht – Holocaustüberlebende über die Zukunft der Demokratie
- 42 | Katharina Höftmann und Sohrab Shahname schreiben den Hass hinweg:
Plötzlich hat der Erzfeind einen Namen

Lesereise

- 43 | Der israelische jiddische Schriftsteller Emil Kalin auf Lesereise in Niedersachsen:
Vom Schreiben in einer Sprache, die nur Wenige beherrschen

Nachruf

- 44 | Abschied von Magdalene Krumpholz

Chaverim ve-Chaverot, liebe Freundinnen und Freunde Israels,

60 Jahre Deutsch-Israelische Gesellschaft – das klingt nach Jubiläum, nach einer Erfolgsgeschichte der Verständigung. Aber wer in diesen Monaten auf Israel blickt, weiß: Es ist vor allem eine Geschichte der Verantwortung. Die DIG wurde von Menschen gegründet, die nach der Shoah verstanden haben, dass „Nie wieder“ ohne ein sicheres Israel hohl und leer bleibt. Sie wollten, dass ein demokratisches Deutschland sich nicht mehr wegduckt, wenn die Existenz des jüdischen und demokratischen Staates angegriffen wird. Viele wollten sich auch mit ihrem Engagement zum Erbe Deutschlands verhalten.

Seit 1966 haben Generationen von Ehrenamtlichen Begegnungen organisiert, Debatten geführt, Bundesregierungen widersprochen oder sich darüber gestritten und Zivilgesellschaft mobilisiert – immer dann, wenn Israels Sicherheit zur Verhandlungsmasse zu werden drohte. Die DIG war nie ein bequemer Verein, nie ein homogener Verein, sondern eine Stimme, die unbequem sein musste: gegenüber einem deutschen Mainstream, der Antisemitismus gern als vergangen erklärt, gegenüber einer Gesellschaft, die gar zu gerne ihre historische Verantwortung zu den Akten nehmen wollte und gegenüber einer Öffentlichkeit, die israelische Selbstverteidigung oft strenger beurteilt als die Terror- und Gewaltregime seiner Feinde.

Mit dem sogenannten Iran Memorandum of Understanding der Regierung Trump hat sich die Lage weiter zugespitzt. Ein Abkommen, das die Islamische Republik nicht nachhaltig in ihrem regionalen Aggressionskurs und ihrem Streben nach nuklearer Bewaffnung bremst, sondern ihr dafür neue finanzielle Spielräume bereitstellt, verschiebt die Risiken auf die Schultern Israels. Wer dem Mullah-Regime faktisch neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet, nimmt billigend in Kauf, dass die Bedrohung Israels – militärisch, terroristisch, propagandistisch – zunimmt. Es ist ein Unterschied, ob Diplomatie Druck organisiert oder ob sie sich mit dem Beschwören von „Stabilität“ zufriedengibt, damit der Preis an der Tanksäule sinkt, während Teheran Raketen, Milizen und Hass finanziert.

Für uns als Deutsch-Israelische Gesellschaft bedeutet das: Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass Israels elementares Recht auf Existenz, Sicherheit und Selbstverteidigung relativiert wird – nicht in Washington, nicht in Berlin, nicht in der UN, nicht an unseren Stammtischen. Ein jüdischer Staat, umgeben von Feinden, kann sich keine Illusionen leisten. Er muss sich verteidigen können – gegen Raketen aus Gaza, Terror aus dem Libanon, Drohungen und Angriffen aus Teheran und die Delegitimierung in internationalen Foren. Dieses Recht ist nicht verhandelbar.

Gerade jetzt kommt es auf unsere Stimme an. Wenn Trump den Eindruck erweckt, man könne mit dem Regime in Teheran „zur Tagesordnung“ übergehen, dann müssen wir daran erinnern, daß die Staatsräson der Islamischen Republik Iran die Vernichtung Israels ist. Das meinen die Mullahs dem verborgenen Mahdi schuldig zu sein.



Volker Beck

Wenn in Europa über „Deeskalation“ gesprochen wird, aber der Charakter des iranischen Regimes geleugnet und Israels Sicherheit dabei als störender Faktor behandelt wird, dann braucht es Menschen, die widersprechen: in Parteien, Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Hochschulen. Menschen wie Sie, die diese Zeitschrift lesen und die Arbeit der DIG tragen. Laden Sie Ihre Freundinnen und Freunde gerne ein, unsere Reihen zu bereichern. Lassen Sie uns im 60. Jahr unseres Bestehens die Schallmauer zur 5-stelligen Mitgliedszahl endlich gemeinsam durchbrechen.

60 Jahre DIG sind ein Auftrag. Wir haben einiges erreicht: Israel ist in Deutschland sichtbarer. Jüdisches Leben ist zwar selbstbewusster – jedoch unter Druck wie nie. Wir erleben eine neue Qualität eines enthemmten und unverschämten Antisemitismus, der sich zuweilen als „Israel-Kritik“ verkleidet, und eine wachsende Müdigkeit, sich ihm entgegenzustellen. In dieser Gemengelage entscheidet sich, ob unser „Nie wieder“ irgendetwas bedeutet außer Tränenvergießen für tote Juden.

„Wann, wenn nicht jetzt? Wer, wenn nicht wir?“ – diese Frage stand am Anfang der DIG-Geschichte, und sie stellt sich uns heute neu. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Deutschland ein verlässlicher Partner Israels wird – nicht nur in Sonntagsreden, sondern in konkreten Entscheidungen. Und lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Israels Recht auf Existenz, Sicherheit und Selbstverteidigung nicht Nische, sondern Konsens wird. Dafür lohnt es sich, sich weiter zu engagieren.

Ihr Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

60 Jahre Deutsch-Israelische Gesellschaft

„Wann, wenn nicht jetzt? Wer, wenn nicht wir?“

Vor 60 Jahren riefen engagierte Menschen aus Politik, Kirchen und Gewerkschaften die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) ins Leben. Die juristische Gründungsversammlung am 21. März 1966 fand in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn statt. Zum ersten Präsidenten der DIG wurde der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Jahn gewählt; Stellvertreter wurden der evangelische Theologe Rolf Rendtorff (SPD), der Bundestagsabgeordnete Ernst Benda (CDU) sowie der Gewerkschaftsbankier Walter Hesselbach (SPD).

Wie alles begann

Nach dem Grauen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sah eine Minderheit demokratisch gesinnter Persönlichkeiten ihre historisch-politische und moralische Bewährungsprobe gekommen. Ihnen, die biografisch nicht selten christliche oder jüdische Wurzeln hatten, war bewusst, dass freundschaftlicher Beziehungen zu Israel und seinen Menschen Wesenskerne eines runderneuerten Deutschlands sein mussten.

Wer allerdings wann und wo in jahrelanger Vorbereitung entscheidende Bausteine zur Entstehung der DIG geliefert hat, darüber kursieren unterschiedliche Erzählungen. Doch die Archive der Friedrich-Ebert-Stiftung und nicht zuletzt der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bieten unverstellte Einblicke in eine Entwicklungsdynamik, die ebenso facettenreich wie komplex ist.

Gründungs- und Aufbaujahre 1966–1975

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel im Mai 1965 gelang es Persönlichkeiten, zumeist aus sozialdemokratischem und christlichen Milieu, Menschen unterschiedlichster Herkunft und Überzeugungen zusammenzubringen. Die Aktivistinnen und Aktivisten der ersten Stunde waren verbunden mit dem zionistischen Aufbauwerk im jungen, demokratischen Staat Israel. Binnen weniger Jahre schufen sie eine weitgefächerte und kampagnenfähige „Freundschaftsliga“, die besonders während und nach



Foto: Privstdokumente Siegfried Lohndorfer

Gemeinsame Aufbauarbeit im jungen Staat Israel: deutsche Aktivistinnen und Aktivisten helfen 1963 bei der Baumwoll- und Orangernte

dem Sechstagekrieg von 1967 eine große gesellschaftliche Resonanz erzielte. Überschattet wurden die hoffnungsfrohen Aufbau- und Kampagnenjahre ab 1973 von einem zunehmenden Ringen um den „richtigen“ israelpolitischen Kurs der Organisation.

Krise und Neubesinnung 1976–1985

In den 70ern jedoch eskalierte der Richtungsstreit in der DIG um das „Recht“ auf öffentliche Israelkritik, zumal der rechte Likud-Block erstmals einen Wahlsieg errungen hatte. Politische Konflikte, die mit

menschlichen Spannungen einhergingen, führten 1977 zu einer Spaltung der DIG. Nach der Trennung der rivalisierenden Flügel gelang ein personeller und struktureller Neuanfang.

Inmitten dramatischer Veränderungen auf nahöstlicher Bühne, aber auch in den deutsch-israelischen Beziehungen musste sich jetzt wieder die alltägliche bilaterale Beziehungspflege bewähren. Dabei bewies die DIG neue Kampagnenfähigkeit, bewältigte innere und äußere Krisen, legte Grundlagen für eine eigenständige Jugendarbeit und entwickelte Beziehungen zur israelischen Schwesterorganisation „Israelisch-Deutsche Gesellschaft“ (IDG). 1985 war die DIG auf 23 Arbeitsgemeinschaften und 2.300 Mitglieder angewachsen.

Zwischen Hoffen und Bangen 1986–1995

Die nächsten Jahre standen im Zeichen von Konsolidierung und Krisenbewältigung. Angesichts nur mühsam überwundener Finanznöte besann sich die DIG auf die Kernanliegen ihrer Israel-Solidarität. Frischen Wind in die Organisation brachte die Gründung eines bundesweiten Jugendforums. Ende 1990 erschien erstmals die Mitgliederzeitschrift „DIG-Magazin“. Der Mauerfall von 1989 und die deutsche „Wiedervereinigung“ wirbelten die DIG gehörig auf. Eifrige Aktivistinnen und Aktivisten nutzten die Chance, Arbeitsgemeinschaften auch im Osten zu gründen. 1995



Die erste Ausgabe des DIG-Magazins erschien 1990.



Foto: www.shutterstock.com/ken Fukunaga

Der unvollendete Weg zum Frieden: Denkmal für Jitzchak Rabin vor dem Rathaus in Tel Aviv.

war die DIG an 44 Standorten vertreten und durchbrach kurz die Schallmauer von 5.000 Mitgliedern.

Der Osloer Friedensprozess zwischen Israel und der PLO schuf 1993 Raum für friedenspolitische Aktionsformen und Bündnisse, wie sie zuvor undenkbar gewesen waren. Als der Friedensprozess Ende 1995 immer mehr ins Schlingern geriet und Israels Ministerpräsident Jitzchak Rabin einem Mordanschlag zum Opfer fiel, ließen sich beherzte DIG-Mitglieder nicht davon abhalten, Rabins unvollendet gebliebenen Weg des Friedens weiter zu unterstützen: Im März 1996 richtete die Berliner AG gemeinsam mit der Bundes-DIG ihr erstes Jitzchak-Rabin-Gedenk- und Benefizkonzert zum 30-jährigen Bestehen der DIG aus.

Bewährungsjahre 1996–2005

Der Niedergang des nahöstlichen Friedensprozesses, der Ausbruch der Zweiten Intifada und eine zunehmend israelfeindliche Stimmungslage setzten der DIG hart zu. Angesichts antisemitischer Begleitumstände rief das Präsidium die Medien zur fairen Berichterstattung auf. Ohne sich in pauschaler Medienschelte und unkritischem Lobbyismus zu verlieren, konfrontierten ehrenamtliche Aktivistinnen und Aktivisten die Öffentlichkeit mit Interventionen und faktenbasierten Informationsveranstaltungen. Ende 1998 verlegte die DIG ihre Bundesgeschäftsstelle von Bonn

nach Berlin. 2001 verlieh die Freundschaftsgesellschaft zum ersten Mal den von der Bonner AG initiierten „Friedenspreis der DIG“; 2003 rief die AG Hannover den „Theodor-Lessing-Preis für aufklärerisches Denken und Handeln“ ins Leben.

Ungeachtet aller Herausforderungen blieb die DIG von inneren Krisen nicht verschont. So zerbrach 1996 aufgrund politisch-persönlicher Querelen das Jugendforum, konnte aber bald wieder in konstruktive Bahnen zurückgeführt werden – und mit neuem Elan Vortragsveranstaltungen, Seminare und Sommerlager realisieren. Der Mitgliederbestand stagnierte Ende 2005 bei 4.800 Mitgliedern in 44 Arbeitsgemeinschaften. 2004 gelang es der Bundes-DIG nach endlosen Diskussionen, ihre Webseite freizuschalten – das Jugendforum und einzelne AGs hatten zuvor bereits eigene Online-Auftritte auf den Weg gebracht. Seit dem Frühsommer 2005 präsentiert sich das DIG-Magazin im Vierfarbdruck. Professionalisierung, Koordinierung und Aktualisierung erwiesen sich als bleibende Aufgabe der DIG-Öffentlichkeitsarbeit.

Polarisierungsjahre 2006–2015

Die fünfte Dekade im Leben der DIG war eine Zeit extremer Disruptionen: Nacheinander von drei Präsidenten gesteuert, erfreute sich die DIG spektakulärer Erfolge, durchlebte aber auch heftige Erschütterungen.

2008, im Jahr des 60. Geburtstags Israels, entfaltete die Freundschaftsgesellschaft zusammen mit ihren AGs mehr als 500 öffentlichkeitswirksame Jubiläumsaktivitäten. 2009 erfuhr das DIG-Magazin eine arbeitsorganisatorische Umstrukturierung; fortan wurden AG-Vertreterinnen und -Vertreter redaktionell einbezogen; zudem wurde die Webseite überarbeitet und mit den Arbeitsgemeinschaften verzahnt. Das Präsidium verkleinerte sich 2013 und schaffte seine „geschäftsführende“ Variante ab. 2013 setzte die DIG mit der deutsch-israelischen Kooperation „White City“ ein Leuchtturmprojekt zur Rettung des Bauhaus-Ensembles in Tel Aviv auf; 2015 folgte die prestigeträchtige Wanderausstellung „Israelis & Deutsche“, die in Israel mehr Beachtung finden sollte als in Deutschland. Zudem gelang es der DIG, ihre internationalen Kontakte, insbesondere zur IDG, aufzufrischen; 2015 war die Gesellschaft an der Gründung der „European Alliance for Israel“ wesentlich beteiligt.

Aufgrund interner Missstände geriet das Jugendforum 2009 kurzzeitig ins Abseits, konnte sich als „Junges Forum“ aber bald wieder neu aufstellen. Mit innovativen und zunehmend digitalen Formaten gelang es den Aktivistinnen und Aktivisten, junge Menschen über den DIG-Radius hinaus anzusprechen.

Durch wiederholte Raketenangriffe der Hamas ausgelöste kriegerische Ausein-



Autor Dr. Martin Kloke ist Politikwissenschaftler, Bildungsmedienberater und Publizist in Berlin. Er ist seit 35 Jahren Mitglied in der DIG und war in jungen Jahren in zweien ihrer Arbeitsgemeinschaften im Vorstand – zuerst in Bonn, später in Berlin. 2025 erhielt er als erster Forscher freien Zugang zum Archiv der DIG.



White City – eine von der DIG getragene deutsch-israelische Kooperation

Foto: Artem.G

andersetzungen mit Israel führten in der Öffentlichkeit immer wieder zu antisemitischen Reaktionen. Als Initiatorin israelisolidarischer Veranstaltungen blieb die DIG vom zunehmend israelpolitisch vereisten Klima nicht verschont und suchte den Schulterschluss mit potenziellen Bündnispartnern.

Zugleich überschattete ein israelitischer Richtungsstreit die innerverbandliche Performance und führte zu allerlei Verwerfungen. Zwar erfreute sich die DIG seit 2012 einer institutionellen Förderung durch das Auswärtige Amt; doch ob die Zuwendungen angesichts komplexer bürokratischer Auflagen mehr als Segen oder als Fluch anzusehen seien, war umstritten. Obwohl es der DIG gelang, die Schwelle von bundesweit 5.000 Mitgliedern dauerhaft zu überschreiten, entging sie im Schicksalsjahr 2015 mit ihren 50 AGs nur knapp der Selbstauflösung. Mit vereinten Kräften gelang es der Organisation, durch einen strukturellen Umbau

den Weg aus der Krise zu finden. Seither können die AGs selbst entscheiden, ob sie rechtlich „unselbstständig“ oder „selbstständig“ sein wollen.

Neuanfänge in stürmischen Zeiten 2016–2025

Glanz und Elend der deutsch-israelischen Beziehungen lagen im zurückliegenden

Arbeitsgemeinschaften der DIG können das Magazin zum 60. Jubiläum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft kostenlos über nachstehende Adresse beziehen:

Bundesgeschäftsstelle
Deutsch-Israelische-Gesellschaft e.V.
Reinhardtstraße 12-16
D-10117 Berlin
Tel: +49 (0)30 80907028
info@digev.de

Jahrzehnt näher beieinander denn je: Auf der einen Seite schmiedete das Junge Forum bis 2023 mit demokratischen Studierendengruppen und Jugendorganisationen ein breites Bündnis gegen den israelbezogenen Antisemitismus. Auf der anderen Seite zogen unübersehbar dunkle Wolken auf: 2019 forderte die Hauptversammlung von der Bundesregierung ein härteres Vorgehen gegen das iranische Mullah-Regime und seine regionalen Proxys, sprach sich für Perspektiven friedlicher Koexistenz von Israelis und Palästinenser aus – und schloss nach innen jede Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Kräften wie der AFD aus.

Zwei „Zeitenwenden“ prägen:

- 1.) die Bildung einer in Teilen rechtsradikalen Koalitionsregierung unter Benjamin Netanjahu. Die Infragestellung der Gewaltenteilung und des Obersten Gerichts nagt am Kern der demokratischen Substanz Israels: Wie lässt sich der jüdische und demokratische Staat Israel verteidigen, ohne sich mit antidemokratischen oder menschenfeindlichen Haltungen einiger Regierungsmitglieder gemein zu machen?
- 2.) der 7. Oktober 2023: Auch die DIG brauchte Zeit, um das Ausmaß des größten Verbrechens an den Juden seit dem Holocaust und den seither weltweit tobenden antisemitischen Tsunami annähernd zu begreifen. Kann jemals eine Verständigung zwischen Palästinensern und Israelis erzielt werden? Ist die Zweistaaten-Lösung endgültig vom Tisch? Fest steht: Die Welt gerät aus den Fugen und wird an vielen Orten für Israel und die Juden zum existenziellen Problem.

Zu Beginn des Jahres 2025 zählte die DIG mehr als 9.200 Mitglieder, die sich in 60 regionalen Arbeitsgemeinschaften bzw. selbstständigen Vereinen organisieren. Der Bedarf an Orientierung ist groß: Das DIG-Präsidium veröffentlichte im Juni 2025 eine „Positionsbestimmung in Zeiten des Krieges“, die in der argumentativen Unterstützung der Mitglieder und Sympathisanten der DIG Maßstäbe setzen sollte.

Dr. Martin Kloke



Niemals vergessen: Tamir Adar und seine Familie – der 7. Oktober brachte unendliches Leid

Eine Prognose für die Zukunft

Nach 738 Tagen in der Gewalt der Hamas kehrten am 13. Oktober 2025 die letzten 20 überlebenden Geiseln nach Israel zurück. Das Leiden bleibt, der Weg zum Frieden in Nahost ist und bleibt angesichts neuer kriegerischer Verwerfungen ungewiss – ebenso die Rolle der DIG inmitten unserer stürmischen Epoche. Rückblickend ist die DIG immer gut gefahren, wenn sie als größte und traditionsreichste israelsolidarische Organisation ihre Unabhängigkeit und ihre intellektuelle Integrität bewahrt hat. Vier der insgesamt 11 DIG-Präsidenten haben in ihrer jeweiligen Zeit Leitplanken aufgestellt, die bis heute den Markenkern der DIG ausmachen:

„Eine Pro-Israel-Einstellung impliziert keine Kontra-Araber-Haltung.“

Gründungspräsident Gerhard Jahn (1966/1967) am 19. Mai 1966

„Die DIG stimmt weder gedankenlos jeder israelischen Entscheidung zu, noch tritt sie als Lehrmeister Israels auf.“

Heinz Westphal (Dritter DIG-Präsident 1971–1977) in einem Essay 1992

„Wir leben gut in der Vielfalt. Wir sind Freunde Israels, aber auch Freunde einer Friedensregelung, die Israel auf Dauer sichert. Wir sind nicht der verlängerte Arm der israelischen Regierung und der Botschaft.“

Johannes Gerster (Siebter DIG-Präsident 2006–2010) auf der Hauptversammlung 2008

„Als pro-zionistische Organisation unterstützt und verteidigt sie [die DIG] die Existenz des jüdischen und demokratischen Staates, unabhängig von dessen jeweils aktuell gewählter Regierung. Unser Partner ist die israelische Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite, von links bis rechts, von religiös bis säkular, unabhängig von der jeweiligen Religion, Denomination oder Ethnie.“

Volker Beck (11. DIG-Präsident) in einer Präsidiumserklärung vom Juni 2025

1966 – Israel.

Kibbuz und Technion oder: Vom Entstehen eines Lebensthemas

1966, im Folgejahr nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland besuchte der frühere Bundeskanzler Konrad Adenauer Israel. Er wurde als „Kanzler der Wiedergutmachung“ von Premierminister Levi Eschkol empfangen, der ihm bei einem Gastmahl sagte, „dass die Deutschen von heute ihre gewandelte Gesinnung und ihre neue Vertrauenswürdigkeit täglich zu beweisen hätten! Das jüdische Volk wartet auf weitere Zeichen und Beweise dafür, dass das deutsche Volk die schreckliche Last der Vergangenheit erkennt und sich einen neuen Weg in der Völkerfamilie sucht.“

Israel steckte 1966 in einer Depression, die feindlichen Nachbarn rüsteten auf, die wirtschaftliche Lage war schlecht, erstmals verzeichnete man mehr Aus- als Einwanderung. Inmitten dieser trüben Stimmung gab es jedoch die Bereitschaft, einen neuen Anfang mit Deutschen zu wagen. Mit einem gewissen Optimismus und dem Glauben an eine neue Generation in Deutschland gab man der Jugend die Chance, ein anderes Verhältnis miteinander aufzubauen. In dieser Stimmungslage gründete sich auch die DIG und ich entschied mich, für drei Monate nach Israel zu gehen.

So lernte ich Israel kennen: als Freiwilliger in einem Kibbuz und als Praktikant des Maschinenbaus an der Technischen Hochschule (Technion) in Haifa. Für mich war wichtig, nicht nur das Kibbuzleben mitzumachen, sondern auch die andere Seite: das „normale“ Leben. Über die IAESTE („International Association for the Exchange of Students for Technical Experience“) bewarb ich mich am Technion. Ich wusste nur, dass dieses schon in vorstaatlicher Zeit gegründet wurde und dass Albert Einstein die Gründung begleitet hatte. Ich wurde zugelassen und konnte mir im Zusammenhang mit diesem Termin einen Platz im Kibbuz Kfar Ha Maccabi bei Haifa sichern.

Voller Scham und Schuldgefühl kam ich nach Israel, wusste viel zu wenig über das Judentum, den Zionismus, war vollgepfropft mit antisemitischen Äußerungen, die mich in meiner Jugend begleitet hatten, hatte das Entsetzliche des Holocaust nicht richtig begriffen, war aber mit einer Bewunderung für die Pionierleistung des

jungen Staates ausgestattet, der in seiner Existenz bedroht war und dem viele Publizisten in Europa keine große Zukunft gaben.

Furchtsam betrat ich das Land, fragte mich, wie die Menschen mir begegnen würden, die die Schrecken der Vergangenheit direkt oder indirekt getroffen hatten. Sicherlich war ich nicht so gut vorbereitet, wie es hätte sein sollen. Wie auch? Es gab damals nicht so viel zu lesen und zu sehen zu Israel, außer, dass seine Bewohnerinnen und Bewohner rege dieses Land mit Entbehrungen und Kämpfen aufgebaut hatten und dass die Familien schreckliche Verluste im Holocaust verarbeiten mussten. Mein Wissen war geprägt durch wahrgenommenen Antisemitismus, der sich nicht offen, aber doch in Bemerkungen permanent zeigte, wie zum Beispiel zur Wiedergutmachungsvereinbarung, die provokante Bemerkungen zur „Geldgier der Juden“ auslöste. Es gab bei uns andererseits aber auch eine naive Bewunderung der Kibbuzpioniere und wir dachten, das und nur das sei Israel – Sozialismus in Reinform, ideal gelebt und erfolgreich, also ein Zukunftsmodell für die Menschheit.

Im Sommer 1966 holte der Lastwagen des Kibbuz die kleine Gruppe Freiwilliger am Flughafen Lod (heute Ben Gurion Airport) ab und brachte uns ins „Camp“; Betonhütten mit 4-Bett-Zimmern. Einweisung in den Tagesablauf und Arbeitszuteilung gingen schnell, noch schneller das Kennenlernen der anderen Volontäre aus vielen Ländern. Wir wenigen deutschen Studenten wurden von den ausländischen Freiwilligen, die mehrheitlich Juden waren, problemlos aufgenommen. Ich



Widu Wittekindt, 1966

brauchte nicht auf die Felder, um Obst oder Baumwolle zu pflücken.

Ich hatte Glück, denn vor dem Studium war ich Maschinenschlosser geworden und so nahm man mich in der „Masgeria“, die Schlosserei des Kibbuz, als Facharbeiter auf. Nun war ich mit denen zusammen, mit denen ich auch zusammen sein wollte und die mich dann für mein Leben geprägt haben. Diese Dichte der Zusammenarbeit, der permanenten Gespräche, der Aufnahme in die Familien und die Enge mit Menschen, die es so gut mit mir Naivem meinten, war einmalig und ist und bleibt

unersetzlich. Der Chef der Werkstatt hat mich besonders geprägt, er war auch etwas Besonderes und hatte doch, wie viele andere auch, eine „ganz normale Flucht- und Einwanderungsgeschichte“. Sie war so fremd und neu für mich, ich konnte nur noch zuhören. Das waren die Geschichten über das Berlin der Kindheit und Jugend, die Hachschara-Ausbildung, die dramatische Flucht und noch dramatischere Ankunft in Palästina, die Internierung im Lager Ashdod, die eigenartig förmlichen englischen Soldaten, die erste Waffe in der Verteidigungsgruppe im Kibbuz, die Kämpfe mit den arabischen Feinden, die Staatsgründung, das Elend im Kibbuz zu Beginn, der Aufbau, die Rückschläge und Erfolge. Und es gab die Trauer über den Verlust der Eltern und Geschwister in Auschwitz. Nie wurde das zum Vorwurf und nie stand die Tragödie im Vordergrund, aber doch zog sie sich wie ein roter, abgerissener Faden vorsichtig durch unsere Gespräche. Wie konnte man nur so nett zu mir sein?

Das Kibbuzleben war so autonom, dass ich zum anderen Israel keinen intensiven Kontakt bekam, schon gar nicht zu Arabern. Relativ wenig bemerkten wir die andauernden Attentate und Grenzscharmützel; nur die syrischen MIG-Tiefflüge über den See Genesareth waren beim Besuch dort angsteinflößend. Ich ahnte nicht, dass diese militärischen Konfrontationen ein Vorspiel für den im nächsten Jahr stattfindenden 6-Tage-Krieg waren.

Bevor mein Praktikum am Technion in Haifa begann, konnte ich Israel per Anhalter bereisen. Ich sah das Land von Nord nach Süd und erlebte ein wunderschönes, oft noch leeres Land (2,3 Mio Einwohner), begegnete vielen Menschen und war tief beeindruckt von der Vielfalt der Lebensweisen und Sprachen, aber besonders von der immer offenen Aufnahme bei zufälligen Begegnungen.

Auf dem Weg zurück nach Haifa machte ich Station im ärmlich wirkenden Tel Aviv. Ich war sicherlich vorurteilsgeprägt von den Kibbuzniks, die mir gesagt hatten, dass dieser Ort einen Besuch nicht wert wäre. Und so sah ich die Stadt auch, ihre Reize von heute strahlte sie nicht aus – nur der Strand war beeindruckend.

In Haifa begann ich in einem Laborgebäude des wunderschön orientalisch gebau- ten alten Technion mein Praktikum. Ich

liebte dieses Gebäude und die Lage mitten im alten Zentrum Haifas, dem Hadar haKarmel, was „Pracht des Karmel“ heißt. Gewohnt habe ich weiter oben auf dem Karmel in einem Studentenwohnheim des neuen Campus in Neve Shana'an und sah dort neue Gebäude entstehen, die das alte Technion aufnehmen sollten.

Von dem heutigen riesigen Campus mit seinen High-Tech-Forschungs- und Lehrstätten war noch nicht viel zu entdecken. Unten in Hadar war alles einfach, low tech würde man heute sagen. Aber mein Labor war ja nicht für die Forschung gedacht, sondern für die Studenten, die an Versuchen die Geheimnisse der Maschinen mit ihren Werkzeugen kennenlernen sollten. Meine Aufgabe war es, die Versuche vorzubereiten, die für das Wintersemester vorgesehen waren. Meine Zeit verging schnell. Mir wurde neben dem Schabbat auch noch der Sonntag freigegeben, was ich als äußerst großzügig empfand. So konnte ich immer wieder am Freitag in „meinen“ Kibbuz Kfar Ha Maccabi fahren. Dort arbeitete ich auch den Sonntag in der Schlosserei mit und durfte dafür im Camp wohnen, im Speisesaal essen und das wunderbare Schwimmbad nutzen, in dem der nationale Schwimmnachwuchs für die Olympiade 1972 in München trainiert wurde. Vom Nationaltrainer lernte ich die perfekte Atemtechnik für das Kraulen in einer Privatstunde.

Montags früh um 8 Uhr war ich wieder im Labor. Für meine Arbeit bezahlte die IAESTE ein kleines Praktikumsgehalt, das mir der Institutsleiter aushändigte. Das Leben in diesen drei Monaten in Israel war für mich sehr billig. Ich hatte den Kibbuz, hatte die preiswerte Mensa des Technion und gereist bin ich in Israel fast nur per Anhalter. Man brauchte nur an einer Straße mit einem kleinen Rucksack entlangzulaufen und schon hielt ein Auto und man fuhr ein Stück mit. So kam man sehr geschwind von Ort zu Ort, führte interessante Gespräche und auf die Frage, was ich in Israel mache, antwortete ich mit den Stichworten Kibbuz und Technion, was jedes Mal Hochachtung hervorrief. Das Technion hatte einen besonderen Ruf. Es wurde immer als „Technikum“ bezeichnet.

Meine Zeit im Technion endete mit Beginn des Wintersemesters. Schon 1978 war ich wieder dort. Bei einem ASME-Gasturbinen-Kongress trug ich die Ergebnisse mei-



Dr. Widu Wittekindt, 2026

ner Forschungen aus meiner Doktorarbeit aus Hannover vor. Das machte mich stolz. In diesen 12 Jahren war dem Technion ein riesiger Entwicklungssprung gelungen, alles war neu gebaut und hochmodern. Ich hatte das Gefühl, diese Hochschule würde uns in mancher Hinsicht noch überholen, denn bemerkenswert war die Zusammenarbeit mit den Spitzenuniversitäten in den USA, deren Professoren engen Zusammenhalt mit den jungen israelischen Wissenschaftlern demonstrierten. Heute zählt das Technion zu den wenigen technischen Spitzenuniversitäten der Welt und liegt im Ranking meilenweit vor meiner alten Hochschule!

Sowohl im Kibbuz als auch im Technion wurde ich eingebunden in das Denken und Handeln der Israelis. Sie vermittelten mir das Bild von Pionieren und ich verstand ihre Motivation, zum Staat zu stehen. Aber wichtiger: sie haben mir meine Hemmungen genommen, als Deutscher in Israel zu sein, haben mich stark gemacht, nach Deutschland zurückzukehren, um dann noch deutlicher gegen Vergessen und Verdrängen anzugehen, das immer mehr um sich griff, um die Nazizeit vergessen zu machen.

Als ich zurück nach Deutschland kam, hatte ich Freunde fürs Leben gewonnen, das Land in mein Herz geschlossen, die Menschen verstanden und mir vorgenommen, sie und ihre Zukunft zu verteidigen.

Dass ich das bis heute tun muss, hatte ich 1966 nicht geahnt.

Dr. Widu Wittekindt



Deutsch-Israelischer Jugendkongress 2025 in Berlin – 150 Junge Menschen feiern 70 Jahre Jugendaustausch

Deutsch-Israelische Begegnungen – JETZT!

„Es bedeutet viel, nicht allein zu sein.

Wir haben Partner, die sich um uns sorgen.“

Das formulierte ein Gruppenleiter von HaNoar HaOved VeHaLomed, einer der großen Jugendbewegungen in Israel. Zu Begegnungen in Deutschland waren sie eingeladen und haben Anteilnahme erlebt – an täglichen Bedrohungen des Lebens in Israel, an jungen Menschen in traumatischen und posttraumatischen Zuständen, an einer nach Resilienz strebenden Zivilgesellschaft, inmitten einer Zeit des Krieges, die kein Ende zu nehmen scheint. Der Deutsch-Israelische Jugendaustausch mit seinem großen Netzwerk einiger hundert Partnerschaften ist eine der beständigen und widerstandsfähigen Lebensadern der deutsch-israelischen Beziehungen heute.



Deutsch-Israelischer Jugendkongress 2025 in Berlin:
Jugendliche stellen dem Staatspräsidenten und Bundesministerin Prien ihr gemeinsames Gedicht vor.

Im Ausnahmezustand. Seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf den Süden Israels am 7. Oktober befindet sich der Deutsch-Israelische Jugendaustausch im Ausnahmezustand. Die angespannte Situation in und um Israel hat dazu geführt, dass Begegnungen in Israel kaum stattfinden konnten. Wenige Programme fielen in zeitliche Lücken, in denen ein Besuch in Israel möglich war. Hierzu zählten bei ConAct beispielsweise das Match-Making-Programm für neue Partnerschaften im Frühjahr 2024 oder eine Begegnungsreise des Projekts „Sichtbar Handeln! Gegen Antisemitismus.“ nach Israel im Jahr 2025.

Zugleich aber waren auch Begegnungen in Deutschland nur eingeschränkt möglich. Zum einen gab es phasenweise ein Ausreiseverbot für israelische Jugendliche aufgrund des israelbezogenen Antisemitismus in der Welt, auch in Europa und in Deutschland. Zum anderen bedeutete die Ausnahmesituation in Israel zugleich, dass Planungen nur mit hohem Aufwand umgesetzt werden konnten. Erfreulicherweise ist es – dank des gro-

ßen Engagements der Austauschpartnerschaften – gelungen, eine sichtbare Anzahl von Programmen in Deutschland zu realisieren: 176 Projekte mit 4359 Teilnehmenden konnten aus Mitteln für den deutsch-israelischen Jugendaustausch im Jahr 2024 gefördert werden, 163 Projekte fanden in Deutschland statt. Auch im Jahr 2025 fanden mehr als 120 Begegnungsprogramme mit jungen Menschen oder Fachkräften der Jugendhilfe statt. In der schwierigen Situation passt ConAct die Arbeit in Kooperation mit der Israel Youth Exchange Authority den Rahmenbedingungen besonders flexibel an – auch durch Ausnahmeregelungen in der Förderung, damit Austauschpartnerschaften und Menschen weiterhin im intensiven Kontakt bleiben können.

WE ARE CONNECTED. Das ist ein Statement. Eine Zusage. Eine Bekräftigung der tiefen und vielfältigen Verbindungen zwischen jungen Menschen und Menschen aller Generationen aus Deutschland und Israel. In dieser schwierigen Zeit sind wir eng verbunden. Kein Telefonat und kein Zoom-Meeting, ohne nach den persön-

lichen, familiären Befindlichkeiten und aktuellen Entwicklungen zu fragen. Und dann erst kommen die Überlegungen zur Gestaltung der Austauscharbeit: Wie können wir Anteil nehmen an dem Erleben eines andauernden Kriegszustands? Welche Fragen können wir stellen und wie können wir darüber ins Gespräch kommen? Was können wir tun? Aus diesen Fragen wurden von ConAct vielfältige Projektvorhaben abgeleitet: Zuletzt im November 2025 kamen rund 300 Vertreter*innen deutscher und israelischer Austauschorganisationen aus 75 bilateral vertretenen Partnerschaften auf einer großen Netzwerk-Konferenz in Berlin zusammen, um Anteil zu nehmen und gemeinsam die schwierigen Ereignisse zu verstehen, die in Nahost und infolgedessen auch in Deutschland und der Welt ihre Entwicklung nahmen. Fachkräfte aus beiden Ländern haben diskutiert, um pädagogische Zugänge zu den Ereignissen zu erarbeiten.

Mit dem bilateral entwickelten Toolkit „Education and Encounter after October 7“ werden Methoden empfohlen und Materialien stetig aktualisiert, um die Geschehnisse in

Haben Sie Fragen oder neue Ideen für den Austausch? Jederzeit!

ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch ist die Facheinrichtung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Förderung, Begleitung und Weiterentwicklung des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs.

www.ConAct-org.de

Begegnungen besprechbar zu machen. Mit der Initiative „WE ARE CONNECTED.“ haben die bilateralen Strukturen der Jugendaustauscharbeit den Rahmen geschaffen, in dem Austauschorganisationen kleine und große Zeichen der Verbundenheit setzen. Hierzu gehört auch die Möglichkeit, mit besonderer Förderung junge betroffene Menschen aus Israel nach Deutschland einzuladen. www.WE-ARE-CONNECTED.org.

Sichtbar Handeln! Gegen Antisemitismus. Traurigerweise machen die Ereignisse des 7. Oktober und ihre Folgen die unterdessen im sechsten Jahr realisierte Arbeit des Projekts „Sichtbar Handeln! Umgehen mit Antisemitismus in Jugend- und Bildungsarbeit“ noch wichtiger als zuvor. In einer Langzeitqualifizierung lassen sich Fachkräfte der Jugend-

hilfe, die Israel noch nicht kennen, auf einen dreistufigen Lernprozess mit mehrtägigen Seminaren ein: Bildung zu Antisemitismus in Deutschland – Begegnung mit Israel – Transfer in die Praxis. Bereits 170 Fachkräfte haben das Programm genutzt, die zehnte Gruppe ist im sechsten Programmjahr 2026 gestartet. In vielen weiteren Seminarangeboten und mit der Methodenhandreichung „Bildung in Deutschland – Begegnung mit Israel“ für eine antisemitismussensible Vor- und Nachbereitung deutsch-israelischer Begegnungsprogramme gibt es jederzeit hilfreiche Unterstützung. www.sichtbar-handeln.org

Deutsch-Israelische Begegnungen – Jetzt!

Wir müssen „dranbleiben“. Wir dürfen nicht nachlassen, Räume für Austausch

und Begegnung zu öffnen. Wir müssen im Gespräch bleiben, um aktuelle Entwicklungen zu verstehen, Bedeutungen und Belastungen zu teilen und beieinander zu bleiben. Auf dem Deutsch-Israelischen Jugendkongress 2025, bei dem beide Staatspräsidenten und die Bundesjugendministerin Karin Prien anlässlich des Jubiläums der deutsch-israelischen Beziehungen mit 150 deutschen und israelischen Jugendlichen zusammenkamen, haben diese ein selbst erstelltes Kurzvideo vorgestellt – es trägt den Namen „So good to have you.“

Christine Mähler
Leitung von ConAct
Koordinierungszentrum
Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

Christine Mähler ist Psychologin, Mediatorin und Supervisorin. Seit 40 Jahren gestaltet und reflektiert sie deutsch-israelische Begegnungen, war Bundesvorsitzende des Jugendforums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) und Vizepräsidentin der DIG.

Seit 2001 hat sie ConAct aufgebaut und leitet die Einrichtung.

Konzert des Caravan-Orchestra – jüdisch-arabisch-deutsches Musikprojekt – auf der Deutsch-Israelischen Netzwerk-Konferenz 2025



Zukunft wagen



Mein Testament als ewigen Erbteil der Menschen Israels sichern, geht das?

Die einzigartige Beziehung zwischen Deutschland und Israel ist ein historisches Vermächtnis und eine Aufgabe für Generationen. Sie lebt durch das Handeln Einzelner – in Verbundenheit und gegenseitiger Verantwortung.

Seit 105 Jahren ermöglicht Keren Hayesod (hebräisch: „der Gründungsfonds“) als zentrale Institution die Entwicklung der multidiversen israelischen Gesellschaft. Heute stehen wir vor ungeheuren Herausforderungen, um eine gute Perspektive für alle Bewohner des Landes und ein gelingendes Zusammenleben zu sichern.

Keren Hayesod eröffnet jedem die Möglichkeit, an einer friedlichen und sicheren Zukunft für das jüdische Volk und alle Menschen Israels, unabhängig von Herkunft und Religion, mitzuwirken. Mit einer Testamentsspende können Sie in Verantwortung vor der Geschichte Teil einer besseren Zukunft werden.





Kfar Aza: Bilder der ermordeten oder entführten Menschen vor jedem Haus

Zwischen Rückkehr und Ruinen

Ein Besuch in den Kibbuzim Magen und Kfar Aza

Von Plattform 7 des Busbahnhofs Tel Aviv, der mit seinen verwinkelten Ebenen wie ein dreidimensionales Betonlabyrinth wirkt, fahren Busse in alle Teile des Landes. Im Bus Nr. 379 bin ich die Einzige, die keine IDF-Uniform trägt. Im September 2025 fährt kaum jemand freiwillig in die Otef-Region, nur wenige hundert Meter vom Gazastreifen entfernt, wo seit zwei Jahren die israelische Armee gegen die Hamas kämpft. Mein Ziel ist Magen, ein kleiner Kibbuz, der 1949 von rumänischen Überlebenden der Shoah gegründet wurde. Hier möchte ich mit Betroffenen über den 7. Oktober sprechen. Während der Bus mit jeder Station leerer wird, passieren wir eine Ortschaft nach der anderen: Vorbei an den Kibbuzim Kfar Aza, Be’eri und an Re’im, nahe dem Gelände des Nova-Festivals – alles Orte,

mit denen man die grausamen Geschehnisse des 7. Oktobers assoziiert.

An der Endhaltestelle in Eschkol holt Amos mich mit seinem Golfcart ab, dem klassischen Fortbewegungsmittel des Kibbuz. Vor dem Mittagessen mit seiner Frau Golda im traditionellen Speisesaal gibt er mir eine Tour durch Magen. Vorbei an idyllischen Gärten und Häuschen fahren wir einen kleinen Hügel hinauf. Von hier aus blickt man auf den etwa vier Kilometer entfernten Nachbarkibbuz Nir Oz, der selbst aus der Ferne wie eine verbrannte Ruine aussieht. Ebenfalls unschwer erkennbar, hinter Getreidefeldern, liegt Gaza.

„Wir hatten Glück“, sagt Amos und erzählt mir, wie der Sicherheitsmann des Kibbuz am Morgen des 7. Oktober von den Explosionen geweckt wurde. Er stieg auf den Berg und erkannte, dass Nir Oz in Flammen

stand. Gerade noch rechtzeitig bemerkte er, wie die Terroristen auf Motorrädern in Richtung Magen fuhren. Die kibbuzinterne Sicherheitsgruppe hatte dadurch einen überlebenswichtigen Zeitvorsprung gewonnen. Sieben Stunden lang verteidigte sie Magen. Zwei Menschen kamen ums Leben, weitere wurden schwer verwundet. Doch es gelang ihr, die Angreifer daran zu hindern, in den Kibbuz einzudringen.

Später sitzen wir bei Kaffee und Honigkuchen bei ihnen zu Hause, in ihrem mediterranen Bungalow im Bauhaus-Stil, den Amos als Kibbuz-Architekt selbst entworfen hat. Golda zeigt mir Fotos aus den Siebzigerjahren, in denen der Kibbuz zwar arm, der gemeinsame Idealismus jedoch umso bereichernder gewesen war. Immer wieder schwärmt sie von dieser Zeit, lange vor der Privatisierungswelle der Kibbuzim

in Israel in den 2000er Jahren und weit vor dem 7. Oktober. Auch über diesen sprechen wir. Stundenlang harrten Golda und Amos in ihrem Bunker aus, telefonierten mit Verwandten und Freunden, während ihr eigener Sohn nur wenige Meter von ihnen entfernt gegen die Terroristen kämpfte. Mit dem Eintreffen der israelischen Armee, erst Stunden später, wurden die Bewohnerinnen und Bewohner in ein Hotel am Toten Meer evakuiert. Auch wenn das Ehepaar in anderen Teilen des Landes hätte unterkommen können, war ihnen der Verbleib bei der Gemeinschaft wichtiger.

Jeden Tag saßen die Kibbuzniks in der Hotellobby zusammen, gaben einander Halt und verbrachten auch den Schabbat miteinander. Das gemeinsam erlebte Trauma brachte sie einander wieder näher – und ließ etwas von dem alten Gemeinschaftsgefühl zurückkehren, das durch die Privatisierung der Kibbuzim schwächer geworden war. Schließlich entschieden sie sich, als erste betroffene Gemeinschaft, zur Rückkehr in den Kibbuz im April 2024. Viele haben noch mit den psychischen Folgen des 7. Oktober zu kämpfen, doch der Kibbuz hat mittlerweile seinen gewohnten Alltag wieder aufgenommen.

Einige Tage später fahre ich wieder mit dem Bus Nr. 379, doch diesmal steige ich früher aus. Ich bin mit Aviva aus Kfar Aza verabredet. Wir treffen uns direkt im Kibbuz, wo noch immer der Ausnahmezustand herrscht. Streng militärisch bewacht ist der Eingang. Ohne triftigen Grund darf man den Kibbuz nicht betreten. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner sind noch immer nicht



Als wäre der 7. Oktober gestern gewesen: Straße in Kfar Aza

zurückgekehrt. Die wenigen Menschen vor Ort sind Freiwillige, die am Wiederaufbau arbeiten, sowie Besuchergruppen, die an diesen Ort kommen, um zu begreifen, was hier vor zwei Jahren geschah. Auf manchen Straßen Kfar Azas sieht es noch immer so aus, als wäre der 7. Oktober gestern gewesen. Verbrannte Häuser reihen sich an Luftschutzbunker mit Einschusslöchern. Bilder von ermordeten und entführten Menschen tapezieren die Straßen des Kibbuz. Nur wenige Schritte weiter zeigt sich Kfar Aza als idyllischer Ort mit blühenden Gärten und kleinen, weißen Bauten – ein unerträglicher Widerspruch. Aviv und ich sitzen auf einer Bank, die zum Gedenken an einen ermordeten Sicherheitsmann aufgestellt wurde, und blicken auf das ehemalige Waffenlager des Kibbuz.

Hier warteten die Terroristen am Morgen des 7. Oktober bereits auf die kibbuzinterne Sicherheitstruppe, als diese dazu eilte, ihre Waffen zu holen und Kfar Aza zu verteidigen. Sie töteten die sieben Männer und mit ihnen über 60 weitere Menschen. „Es wird keinen Frieden geben“, so Aviv, der vor dem 7. Oktober ein überzeugter Friedensaktivist war. Mit der humanitären Hilfsorganisation „The Road to Recovery“ fuhr er regelmäßig kranke palästinensische Kinder zu lebensrettenden Behandlungen in israelische Krankenhäuser. Er tat dies in der Hoffnung, der jungen Generation in Gaza zeigen zu können, dass ein gemeinsames, friedliches Leben in der Region möglich wäre. Bis heute versteht er nicht, warum es so wenig zivilen Widerstand gegen die Taten der Hamas und ihrer Verbündeten gab. Mittlerweile bilanziert er: „Früher habe ich daran geglaubt, aber jetzt bin ich mir sicher: Solange ich lebe, wird es keinen Frieden zwischen uns geben.“

Unmittelbar nach dem 7. Oktober wurden die meisten Bewohnerinnen und Bewohner Kfar Azas nach Ruhama, einem anderen Kibbuz im Süden Israels, evakuiert. Viele leiden bis heute unter dem erlebten Trauma. Eine Rückkehr kommt für die meisten noch nicht infrage, auch wenn die Kibbuzleitung sie für August 2026 plant. Auch Aviv weiß nicht, wann er und seine Familie nach Hause zurückkehren werden. In Magen nimmt der Alltag langsam wieder seinen Lauf. In Kfar Aza scheint die Zeit hingegen stehen geblieben zu sein. Noch ist offen, wie es dort weitergehen wird.

Text und Fotos: Naomi Elektra Bruhn



Der Alltag nimmt wieder seinen Lauf: Das Haus von Amos und Golda im Kibbuz Magen

Der Terror hat ein Geschäftsmodell – und Europa ist Teil davon

Wer Konflikte im Nahen Osten verstehen will, muss dem Geld folgen. Denn Gewalt, Ideologie und geopolitische Interessen treffen sich nicht zufällig – sie werden finanziert, organisiert und langfristig geplant. Das Massaker der Hamas und weiterer beteiligter terroristischer Organisationen am 7. Oktober 2023 verursachte laut der kanadischen Terrorismusanalystin Jessica Davis Kosten von etwa einer Milliarde US-Dollar und übertraf damit den finanziellen Aufwand für die islamistischen Anschläge auf die USA am 11. September 2001 deutlich.

Diese Summe veranschaulicht, dass es nicht reicht, die Mittelbeschaffung für einen Anschlag zu stoppen. Die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung muss vielmehr das gesamte Ökosystem stören, das Terrorismus ermöglicht. Ohne systematische Radikalisierungsanstrengungen über soziale Kontakte und Bildungseinrichtungen; Immobilien, in denen diese Aktivitäten ungestört stattfinden können; die notwendige Verwaltung dieser Infrastruktur; ohne die dahinterstehenden Organisationen und deren öffentliche Fassade und ohne systematische Propaganda zur politischen Legitimierung der Gewalt könnten Terrororganisationen wie die Hamas nicht jahrzehntelang überleben. Terroristische Ökosysteme erfordern erhebliche Ressourcen, die nur mit staatlicher Unterstützung beschafft werden können.

Daher analysiere ich für die DIG im Dossier „Die Finanziere des Terrors – Wer hält den Nahostkonflikt am Leben?“ auch die Motive der staatlichen Terrorpaten, die Organisationen wie Hamas, Hisbollah oder die Huthi tragen.

Im Mittelpunkt steht Iran, offiziell „Islamische Republik Iran“ (IRI), deren Führung die Vernichtung Israels seit Jahrzehnten zur Staatsdoktrin erhoben hat. Das Dossier zeichnet nach, wie die Revolutionsgarden (IRGC) mit ihrer Auslandseinheit Quds-Force systematisch ein Stellvertreternetzwerk aufbauten: Hisbollah im Libanon, Hamas und Islamischer Dschihad in den palästinensischen Gebieten, schiitische Milizen im Irak und die Huthi-Bewegung im Jemen. Das Dossier detailliert, wie hoch die Schätzungen des Finanzbedarfs der Terrororganisationen aus westlichen Sicherheitskreisen liegen und welche Zahlungen gesichert nachgewiesen sind.

Daneben wird die Rolle Katars beleuchtet: als Gastgeber der Hamas-Führung, als Geldgeber „humanitärer“ Hilfsprojekte in Gaza, als Plattform islamistischer Prediger und als Eigentümer des Nachrichtensenders Al Jazeera, der weltweit Diskurse über Israel und Palästina prägt. Die Verbindungen zeigen auf, wie eng humanitäre Projekte, politische Agenda und Kontakte zu radikalen Gruppen verknüpft sind.

Hinzu kommen großzügige Spendenökosysteme in Kuwait und anderen Golfstaaten sowie Front-NGOs und Hilfswerke, bei denen immer wieder personelle oder strukturelle Überschneidungen mit Hamas, PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) oder Muslimbruderschaft dokumentiert werden. Außerdem wird der „Crime-Terror-Nexus“ beleuchtet, die Kooperation von Organisationen wie Hisbollah mit Drogenkartellen, Schmuggelnetzwerken und Geldwäschern.

Iran und Katar agieren dabei nicht nur als Geldgeber, sondern als strategische Architekten eines Systems, das weit über den Nahen Osten hinausreicht. Banken, informelle Zahlungssysteme wie Hawala, Kryptowährungen und sogar humanitäre Hilfsstrukturen bilden gemeinsam ein globales Finanzökosystem, das militante Akteure stabilisiert. Die Türkei und Südafrika werden zu Drehscheiben dieses Systems, über die nicht nur Finanzmittel gewaschen, sondern Personen, Waffen und Propaganda organisiert werden.

Diese Strukturen funktionieren nicht isoliert, sondern greifen ineinander – und sie sind teilweise auf westliche Infrastrukturen angewiesen. Wo Transparenz fehlt, Aufsicht lückenhaft ist oder falsche politische Rücksichtnahme überwiegt, entstehen Räume, in denen nicht nur Terrorfinanzierung möglich ist, sondern auch Zweigstel-

len des terroristischen Ökosystems dauerhaft im Westen verwurzelt werden.

Dass diese Dynamik Europa längst erreicht hat, zeigen Prof. Dr. Dorothee Diensthül, Professorin für Kriminalistik an der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg, und ich in dem zweiten Dossier „Die Hamas in Deutschland – Auftreten und Verbreitung in Deutschland und Europa“ auf.

Hamas, aus der islamistischen Muslimbruderschaft hervorgegangen, nutzt auch hierzulande Netzwerke aus Vereinen, Spendenstrukturen und digitaler Propaganda. Dabei geht es nicht nur um Unterstützung aus der Ferne: Laufende Gerichtsverfahren zeigen konkrete Gefahren – von bereits vor Jahren angelegten Waffenlagern bis hin zu aktuellen Anschlagsplanungen. Das Dossier liefert umfangreiche Informationen über die Entstehung der Hamas, ihre Organisationsstruktur und ihr Netzwerk in Deutschland und Europa. Dabei behandeln wir unter anderem folgende Schwerpunkte:

■ **Ideologie:** Hamas ist keine „palästinensische Befreiungsbewegung mit radikalen Mitteln“, sondern eine aus der Muslimbruderschaft hervorgegangene islamistische Organisation, die eine islamische Herrschaftsordnung anstrebt und einen eliminatorischen Antisemitismus vertritt. Ihre Gründungscharta von 1988 stützt sich auf antisemitische Verschwörungstheorien wie die „Protokolle der Weisen von Zion“ und verbindet sie mit selektiv interpretierten Koranversen.

■ **Struktur:** Hamas ist nicht nur eine Miliz, sondern ein komplexes System aus politischem Apparat, militärischem Flügel (Izz-al-Din-al-Qassam-Brigaden) und einem dichten sozialen Netzwerk. Die Organi-

sation formt mit Einrichtungen von Kindergärten über religiöse Bildungsvereine bis zu Wohlfahrtsstrukturen eine eigene Parallelgesellschaft – und sichert Loyalität zur Organisation langfristig.

Europa und Deutschland: Ausgehend von der Historie und Strategie der Muslimbruderschaft wird das Geflecht aus Dachverbänden, Moscheen, Bildungsinstituten, Jugend- und Frauenorganisationen umrissen, das in mehreren europäischen Ländern als extremistisch eingestuft wird, obwohl sich die Akteure selbst nicht offiziell zur Muslimbruderschaft bekennen.

Die Dossiers „Finanziers des Terrors – Wer hält den Nahostkonflikt am Leben?“ und „ Hamas in Deutschland – Auftreten und Verbreitung in Deutschland und Europa“ erscheinen 2026.

■ Darüber hinaus wird sichtbar, dass die antizionistische Strategie längst als **Brückenkopf zu verschiedenen Phänomenbereichen** dient, die vereint im Antisemitismus gemeinsam agieren. In Berlin hat sich eine besonders dichte Szene herausgebildet: Islamistische Akteure, Clan-Strukturen und linke bis linksextreme Gruppen treten bei „pro-palästinensischen“ Demos gemeinsam auf, während im Hintergrund Spendengelder gesammelt, Hass gepredigt und antisemitische Parolen verharmlost werden.

■ Dabei hat sich der Fokus in den Jahren seit dem Massaker der Hamas von Israel hin zu **Anschlägen im Westen** verschoben. Sowohl iranische Akteure als auch Hamas-Zellen sind längst in Deutschland aktiv und versuchen, Pläne umzusetzen, die bereits vor dem 7. Oktober 2023 geschmiedet wurden. Flankiert werden die terroristischen Aktivitäten durch legalistisch agierende Organisationen, die den Rechtsstaat und seine Vertreterinnen und Vertreter in Deutschland systematisch delegitimieren.

Auffällig ist die zunehmende Professionalisierung. Hamas agiert in Europa nicht mehr nur als ideologische Bewegung, sondern als gut vernetzter Akteur, der mit kriminellen Milieus kooperiert, gesellschaftliche Konfliktlinien nutzt und gezielt in die palästinensische Diaspora hinein mobilisiert. Die Grenzen zwischen politischem Aktivismus, organisierter Kriminalität und Terrorismus verschwimmen zunehmend. Damit ist die Hamas in Deutschland von

einer abstrakten Gefahr zu einer akuten Bedrohung geworden. Der Mythos, sichere Häfen für terroristische Hintermänner würden von Terror verschont, wurde im Nahen Osten mit den Angriffen des Regimes im Iran auf Katar und andere Golfstaaten und in Deutschland mit konkreten Anschlagplänen durch die Hamas von den Terroristen selbst widerlegt.

Beide Analysen führen zu einer unbequemen Erkenntnis: Terrorismus ist kein Randphänomen, sondern Teil komplexer internationaler Systeme, die auch durch deutsche Politik ermöglicht werden. Wer

sie bekämpfen will, muss mehr tun als einzelne Organisationen zu verbieten. Es geht um Finanzaufsicht, Transparenz, internationale Kooperation – und die Bereitschaft, auch unbequeme politische Fragen zu stellen. Als Handhabe liefern beide Dossiers:

■ **Begriffliche Klarheit:** Wer die Unterschiede und Verbindungen zwischen Muslimbruderschaft, Hamas, Hisbollah, PIJ, PFLP und Huthi versteht, kann Debatten entgiften, in denen auf der einen Seite alles zu „Widerstand“ verklärt wird und auf der anderen Seite Muslime in Gruppenhaft genommen werden.

■ **Nahostkonflikte im Plural:** Die Motive staatlicher Finanziers von Terrorismus liegen häufig, anders als in deutscher Berichterstattung kolportiert, nicht in der Existenz Israels, sondern in Konflikten zwischen den Golfstaaten selbst. Daher liefert das Dossier „Finanziers des Terrors“ einen Überblick über die verschiedenen Beweggründe der Finanziers. Nur wenn die Gemengelage verstanden wird, kann Außenpolitik stabilisierend wirken.

■ **Erläuterung bestehender Maßnahmen:** Sanktionen, Finanzaufsicht, Auflagen für Entwicklungshilfe, Vereinsverbote im Inland – die Dossiers liefern einen Überblick über das staatliche Instrumentarium und Reformbedarfe.

■ **Fakten gegen Mythen:** Statt vager Vermutungen liefern die Dossiers konkrete Namen, Organisationen, Gerichtsurteile,

Sanktionsbeschlüsse und dokumentierte Finanzflüsse – eine Grundlage, um in Vereinen, Gemeinden oder Sozialen Medien fundiert Stellung zu beziehen.

■ **Konkrete politische Hebel:** Von strenger Transparenzregeln für Vereine und NGOs über mögliche Maßnahmen in Deutschland, etwa einen Magnitsky-Act auf nationaler Ebene, bis hin zu einer konsequent risikobasierten Finanzaufsicht mit Nahost-Schwerpunkt – die Texte zeigen, wo Politik handeln kann und muss.

Eine der entscheidenden Herausforderungen besteht darin, legitime humanitäre Hilfe zu schützen, ohne jene Strukturen zu stabilisieren, die Gewalt erst ermöglichen. Dazu gehört, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zu überdenken. An solchen Fragestellungen setzen die Dossiers an – mit detaillierten Analysen, konkreten Beispielen und politischen Handlungsempfehlungen.

Während der Irankrieg Anfang 2026 zunächst die Hoffnung weckte, dass einer der Hauptfinanziers von Terrorismus weltweit deutlich geschwächt oder sogar besiegt wird, scheint die Situation aktuell eher ungelöst. Daher sind deutsche Entscheidungsträger heute mehr denn je gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Durch Strategien gegen Terrorismus und zum Schutz Israels würde die Bundesregierung auch die innere Sicherheit Deutschlands und Europas stärken. Terroristische Ökosysteme sind transnational – Verantwortung jedoch fängt im eigenen Land an.

Rebecca Schönenbach

Die Autorin arbeitet als unabhängige Beraterin für Terrorismus- und Extremismusbekämpfung, mit Fokus auf Finanzierung und Struktur von Islamismus und auslandsbezogenem Extremismus, für NGOs, Unternehmen, Sicherheitsbehörden und Politik. Sie ist zertifizierte Expertin für islamische Finanzierung, ausgebildet in Scharia-Fragen. Darüber hinaus ist Schönenbach auf Frauenfeindlichkeit als Radikalisierungsmotor in den Bereichen Manosphere und Islamismus spezialisiert.

IMEC – der resiliente Handels- und Energiekorridor: Israel liefert das Herzstück

Die Schienen des Friedens

2018 legte das Büro des israelischen Premierministers gemeinsam mit dem Verkehrsministerium Pläne für eine neue Infrastrukturinitiative vor: Das Projekt „Tracks for Regional Peace“. Im Kern sah dieses eine Verlängerung der Bahnstrecke Haifa–Beit She'an ostwärts bis zur jordanischen Grenze vor, um den Hafen Haifas mit dem jordanischen Schienennetz zu verbinden – und von dort weiter mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Eine Abzweigung nach Jenin sollte zudem die palästinensischen Gebiete an die Strecke anbinden. In Europa stieß die Initiative – auch nach Abschluss der Abraham Accords im Jahr 2020 – auf wenig Resonanz. Allerdings nahm die Idee etwas vorweg, das einige Jahre später in weit größerem Maßstab Gestalt annehmen sollte.

Am Rande des G20-Gipfels in Neu-Delhi unterzeichneten am 9. September 2023 Indien, die Europäische Union, die USA, Saudi-Arabien, die VAE, Frankreich, Italien und Deutschland eine Absichtserklärung zur Schaffung eines neuen Wirtschaftskorridors: Des India-Middle East-Europe Economic Corridor, kurz IMEC. Die Erklärung sieht eine multimodale Verbindung vor, die Indien, den Nahen Osten und Europa durch Seewege, Schienenverbindungen, Datenkabel, Stromleitungen und Pipelines für grünen Wasserstoff innerhalb eines integrierten Handels-, Energie- und Datenkorridors verknüpft.

Die israelische „Peace Railway“-Route bildet als Landbrücke über die Arabische Halbinsel, Jordanien und Israel das Herz-

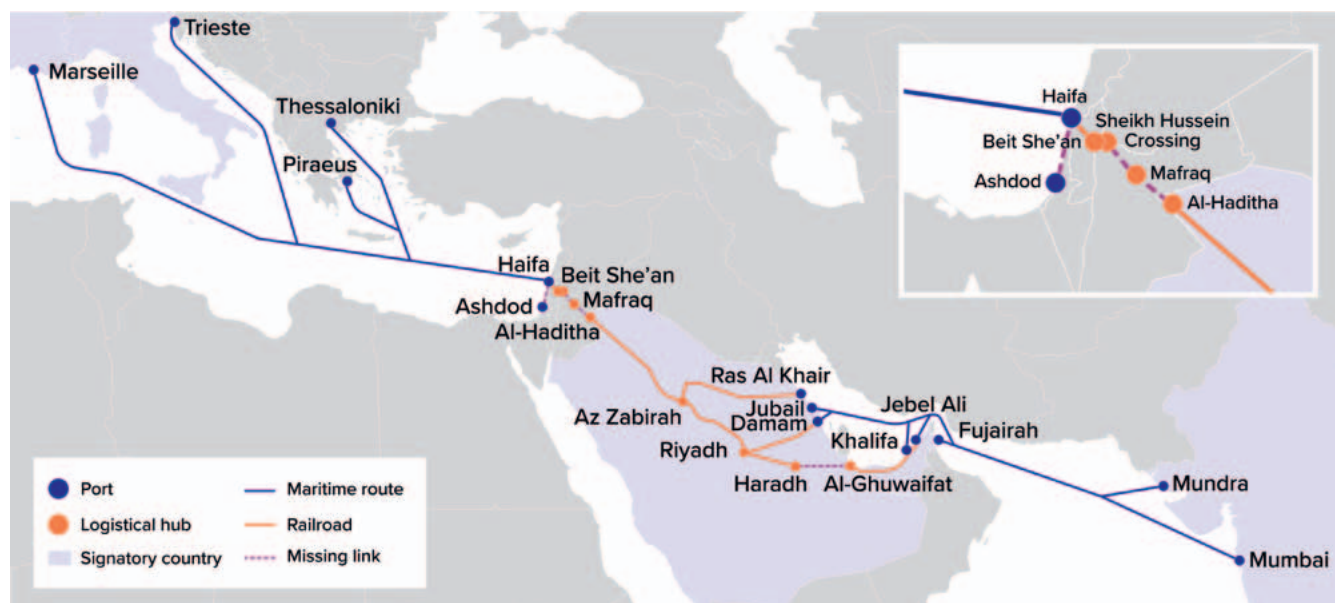
stück des Korridors – mit Haifa als zentralem Umschlagpunkt für den Güterverkehr zwischen Asien und der EU.

Das ökonomische Potenzial von IMEC ist erheblich. Laut dem Atlantic Council könnten Transitzeiten im Asien-EU-Handel um rund 40 Prozent, Frachtkosten um 30 Prozent sinken. Diese Prognosen gewinnen insbesondere vor dem Hintergrund des Anfang des Jahres vereinbarten Freihandelsabkommens zwischen der EU und Indien an wirtschaftlichem Gewicht.

Anders als die chinesische Belt-and-Road-Initiative, die nicht nur ein ökonomisches Infrastrukturprojekt ist, sondern auch politische Abhängigkeiten schafft und Ordnungsvorstellungen fördert, die westlichen Interessen und Prinzipien entgegenstehen, ist IMEC als dezentrales Vorhaben angelegt:

Es verknüpft bestehende bilaterale und nationale Initiativen sowie öffentliche und private Investitionen zu einem Korridor. Darin spiegelt sich eine zentrale Lektion der vergangenen Jahre: Einseitige Abhängigkeiten werden früher oder später zum Sicherheitsrisiko – wie Russlands Vollinvasion der Ukraine gezeigt hat und wie es im Fall eines chinesischen Versuchs, Taiwan zu annektieren, erneut drohen würde.

Wie dringend Europa resilientere Handels- und Energiekorridore braucht, zeigt ein Blick auf die Straße von Hormuz – eines der zentralen Nadelöhre des globalen Verkehrs. Über die Meerenge laufen rund 25 Prozent des weltweiten seewärtigen Ölhandels sowie knapp 20 Prozent des globalen LNG-Handels. Störungen in diesem Raum treffen internationale Energie-



Der 2023 in Neu Delhi vorgestellte Korridor, über den Transporte abgewickelt und Energie- und digitale Versorgung ermöglicht werden sollen: **India-Middle East-Europe Economic Corridor**.

märkte und Lieferketten unmittelbar. Der Iran instrumentalisiert diese Verwundbarkeit gezielt, indem er seine geografische Kontrolle über die Meerenge als strategisches Druckmittel einsetzt.

Die Vergangenheit hat zudem gezeigt, dass Handelsrouten nicht nur durch militärische Konflikte rasch unterbrochen werden können. 2021 legte die Havarie der Ever Given im Suezkanal den Seeverkehr tagelang lahm; nach dem 7. Oktober 2023 zwangen die Angriffe der Houthi zahlreiche große Reedereien, das Rote Meer zu umfahren – eine Route, über die im Regelfall rund 12 Prozent des Welthandels und etwa 40 Prozent des Asien-Europa-Verkehrs laufen. Ein kurzer Blick auf die ökonomischen Folgen dieser Krisen genügt, um zu erkennen, dass die Formel „nicht unser Krieg“ eine Distanz suggeriert, die in der wirtschaftlichen Realität nicht existiert.

Vor dem Hintergrund des Krieges mit dem Iran signalisierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im April 2026 immerhin Europas Bereitschaft, die Golfstaaten bei der Diversifizierung ihrer Exportinfrastruktur zu unterstützen, und verwies dabei auch auf die Bedeutung des IMEC. Tatsächlich adressiert der Korridor genau jene strukturelle Schwachstelle, die die aktuellen Krisen offengelegt haben: Die vorgesehene Landverbindung würde die Abhängigkeit von der Straße von Hormuz sowie vom Roten Meer verringern und damit die wirtschaftlichen Folgen iranischer Erpressungsversuche abfedern. Dass solche Landverbindungen praktisch funktionieren können, zeigte sich bereits in kleinerem Maßstab: Sowohl während der Krise im Roten Meer 2023/2024 als auch im Zuge des jüngsten Iran-Kriegs wichen israelische Logistikunternehmen – weitgehend unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung – teils auf LKW-Routen über Saudi-Arabien und Jordanien aus.

Allerdings hat sich der regionale Kontext seit der Unterzeichnung der IMEC-Erklärung im September 2023 – nur wenige Wochen vor dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober – deutlich gewandelt. So sind nicht nur die saudisch-israelischen Normalisierungsbemühungen ins Stocken geraten; auch haben alternative Korridorpläne über Syrien und die Türkei an Aufmerksamkeit gewonnen. Diese Entwicklungen machen IMEC zwar keineswegs obsolet, verdeutlichen aber, dass regionale



Seit 2022 privatisiert: Der Hafen Haifa gehört jetzt zu 70 Prozent einem indischen Unternehmen, 30 Prozent verbleiben bei Investoren in Israel.

Infrastrukturpolitik zunehmend zum Feld politischen Wettbewerbs wird.

In dieser strategischen Dimension liegt zugleich der Grund, warum Israels Stellung innerhalb des IMEC von Bedeutung ist. Israel ist in der Erklärung von 2023 als Transitland erwähnt, und Haifa besitzt als Hafenstandort eine zentrale Funktion für die Mittelmeeraanbindung des Korridors. Dennoch gehört Israel nicht dem engeren Unterzeichnerkreis an, der den Sherpa-Prozess vorantreibt. Damit klafft eine Lücke zwischen Israels praktischer Bedeutung für den Korridor und seiner begrenzten Rolle bei der Gestaltung des politischen Rahmens. Für Deutschland und Europa sollte das eine Warnung sein: Ein Korridor, der Israel als unverzichtbaren Transitpunkt vorsieht, muss Israels Sicherheitsinteressen und seine regionale Rolle entsprechend berücksichtigen.

Der Korridor lässt sich indes zudem nicht ohne eine ernsthafte Agenda zum Schutz kritischer Infrastruktur realisieren. Dies ist keine spezifisch nahöstliche Herausforderung: Wie die letzten Jahre gezeigt haben, wird Infrastruktur weltweit zunehmend zum Ziel militärischer Angriffe, von Drohen- und Raketenangriffen auf Energieanlagen, über Sabotage von Unterseekabeln bis hin zu Cyberangriffen. Europas Rolle sollte daher über eine militärische Beteiligung an der Sicherung von Seewegen hinausgehen und auf den Aufbau von Partnerschaften zielen, die gemeinsame Lösungen zum Schutz von physischen und digitalen Infrastrukturkomponenten entwickeln.

Deutschland und Israel können hierbei gemeinsam eine konkrete Rolle spielen. Israel verfügt in den Bereichen Luft- und Cyberabwehr über eine besondere Expertise, die sich unmittelbar aus der Einsatzrealität speist. Vor diesem Hintergrund arbeiten Deutschland und Israel bereits im Rahmen des kürzlich vereinbarten Cyber- und Sicherheitspakts sowie in Forschungsverbünden wie dem Projekt ATHENE zusammen, das Methoden zur Früherkennung von Cyberangriffen auf kritische Infrastruktur entwickelt. Über diese und weitere Kooperationsformate könnten beide Länder schon jetzt effektiv zur Operationalisierung und Konsolidierung des Korridors beitragen, ohne die Fertigstellung der physischen Route abwarten zu müssen. Wichtig ist dabei schließlich auch, dass Deutschland IMEC nicht als fernes Regionalprojekt, sondern als Teil seiner Außenwirtschaftsstrategie begreift, zumal in der deutschen Industrie ein erhebliches Interesse am Korridor besteht. Für Israel ist die neue Verbindung – wie schon die „Peace Railway“-Vision gezeigt hat – ein Weg, auch unter komplexen Bedingungen die Kooperation mit seinen Nachbarn zu vertiefen und seinen Platz in der regionalen Architektur zu stärken. Die Notwendigkeit, auf die der Korridor antwortet, ist seit September 2023 nur klarer geworden – und damit auch die Möglichkeit, die daraus erwachsenen Veränderungen mitzugestalten.

Carla Dondera und Dr. Remko Leemhuis
American Jewish Committee, Berlin



Deutsch Israelische Gesellschaft – Präsidium

Stellungnahme zur Gesetzesinitiative zur Einführung der Todesstrafe

In der Knesset wird demnächst ein Gesetzesentwurf zur Einführung der Todesstrafe bei bestimmten qualifizierten terroristischen Mordtaten weiterberaten. Dieser Vorstoß macht uns Sorgen.

Der Gesetzesentwurf in der Fassung von Ende April 2026 bezieht sich auf die Todesstrafe für einen Terroristen aus der Westbank bzw. aus Judäa und Samaria: „Ein Bewohner des Gebiets, der vorsätzlich den Tod eines Menschen verursacht und dessen Handlung eine terroristische Tat darstellt, wird mit dem Tode bestraft, und dies ist die einzige Strafe. Stellt jedoch ein Militärgericht aus besonderen, zu protokollierenden Gründen fest, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen, die die Verhängung einer lebenslangen Freiheitsstrafe rechtfertigen, so kann es eine solche Strafe verhängen – und nur diese. Der Verteidigungsminister legt durch Verfahren die Zuständigkeitsregelung für die strafrechtliche Verfolgung eines Terroristen fest.“

Zur Frist bis zur Vollstreckung der Todesstrafe heißt es: „Ein rechtskräftiges Todesurteil wird innerhalb von 90 Tagen vom Strafvollzugsdienst vollstreckt. Stellt der Premierminister fest, dass besondere Gründe vorliegen, die eine Verschiebung der Vollstreckung rechtfertigen, kann er das Gericht, das das Urteil verhängt hat, ersuchen, die Vollstreckung für weitere Zeiträume aufzuschieben, wobei die Gesamtdauer 180 Tage nicht überschreiten darf.“

Wir würden es begrüßen, wenn die Knesset die Beratung dieses Gesetzesentwurfs zurückstellen würde.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft anerkennt die breite und kontroverse Debatte in der israelischen Gesellschaft und in der Knesset zu diesem Thema.

1. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft lehnt die Todesstrafe aus ethischen, menschen- und verfassungsrechtlichen Gründen grundsätzlich ab. Der Schutz der Menschenwürde, der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, im deutschen Grundgesetz wie auch in israelischen Basic Laws verankert ist, widerspricht der Tötung von Menschen, von denen zum Zeitpunkt ihrer Tötung durch den Staat keine gegenwärtige Gefahr für die Rechte anderer Menschen ausgeht.
- In der Ethik und Menschenrechtspolitik wird diese Form staatlicher Tötung kritisiert, weil sie mit dem Prinzip der Menschenwürde und dem Verbot grausamer und unmenschlicher Behandlung kollidiert.
- Die Todesstrafe verletzt das Grundrecht auf Leben und stellt eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe dar.
- Sie ist unwiderruflich, sodass Fehler im Justizsystem zur Hinrichtung Unschuldiger führen können.
- Der Staat beauftragt Menschen mit dem Töten, wenn er im Fall von Todesstrafen Justiz- und Vollzugsorgane mit der Durchführung von Hinrichtungen betraut. Er verlangt damit von seinen Vollzugsgehilfen selbst eine Verrohung.
2. Auf dem europäischen Kontinent hat sich – bis auf in Weißrussland und in Russland – der Verzicht auf die Todesstrafe durchgesetzt.

Wir sehen Israel aufgrund seiner Geschichte und seiner demokratischen sowie rechtsstaatlichen Identität als Teil dieser europäischen Familie.

Völkerrechtlich gewinnt die Abschaffung der Todesstrafe immer breitere Unterstützung:

- Zweites Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1989): Verpflichtet alle Vertragsstaaten, niemanden in ihrem Hoheitsgebiet zum Tode zu verurteilen oder hinzurichten und die Todesstrafe abzuschaffen.
- Protokoll Nr. 13 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK, 2002): Verbietet die Todesstrafe in allen Fällen – auch in Kriegs- oder Ausnahmezeiten – für alle ratifizierenden Staaten des Europarats.
- Protokoll Nr. 6 zur EMRK (1983): Verbietet die Todesstrafe in Friedenszeiten, also in allen alltäglichen Strafverfahren.
- Übereinkommen über die Rechte des Kindes (1989): Verbietet die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe für Personen, die zum Tatzeitpunkt unter 18 waren.

3. Wir verkennen nicht, dass der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der UN-Zivilpakt, in Artikel 6 das Verhängen von Todesurteilen für schwerste Verbrechen auf Grund von Gesetzen grundsätzlich erlaubt. Beim in Rede stehenden Gesetzesentwurf geht es um solche schwerste Verbrechen.

4. Wir verkennen nicht den besonderen sicherheitspolitischen Hintergrund der Gesetzesinitiative:

- Israels Bevölkerung hat Tausende Todesopfer durch Terror zu beklagen.
- Immer wieder kommt es zu Geiselnahmen, zuletzt am 7.10.2023, um Tausende Terroristen freizupressen. Der Architekt des 7.10., der damalige Hamas-Chef Jihia al-Sinwar, kam selbst 2011 bei einem Gefangenenaustausch frei.
- Im Westjordanland/Judäa und Samaria ist der Terror nicht nur das Werk einzelner Täter, sondern Teil eines Systems mit klaren Anreizen.
- Die PA bzw. PLO haben über Jahre hinweg Anschläge finanziell belohnt (Pay for slay), damit Terror gefördert und gegen die Forderung der Vereinten Nationen, auf öffentliche Aufforderung zu terroristischen Straftaten zu verzichten, verstoßen.
- Nach dem Prinzip „je schwerer das Verbrechen, desto höher die Zahlung“ wurde Gewalt wirtschaftlich attraktiv gemacht.
- Für manche wurde Terror so zu einem vermeintlichen Ausweg aus Armut und Perspektivlosigkeit.

Insbesondere die Absicht, die Logik von Geiselnahme und Erpressung durch die Terroristen zu durchbrechen, hat die Auswahl des für die Todesstrafe in Frage kommenden Personenkreises bestimmt. Dies wird allerdings zuweilen als diskriminierende Auswahl kritisiert.

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,

in diesem Jahr begeht die Deutsch-Israelische Gesellschaft ihr 60-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum ist Anlass zum Dank an alle, die unsere Organisation über Jahrzehnte getragen haben, und zugleich zum Blick nach vorn. Seit 1966 steht die DIG für die deutsch-israelische Freundschaft, für demokratische und historische Verantwortung, für Solidarität mit dem jüdischen und demokratischen Staat Israel und für den entschiedenen Einsatz gegen Antisemitismus und für Jüdinnen und Juden in Deutschland.

Dass unsere bevorstehende Hauptversammlung in dieses Jubiläumsjahr fällt, ist Gelegenheit, nicht nur Bilanz zu ziehen, sondern zu beraten, wie wir die DIG für die kommenden Jahre organisatorisch, personell und politisch stark aufstellen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die DIG in einer Zeit wachsender Unsicherheit, offener Feindschaft gegen Israel und zunehmenden Antisemitismus gebraucht wird. Ich will nicht zu der abgedroschenen Formel greifen, sie sei nie so notwendig wie heute. Denn herausfordernd war es schon immer in Deutschland gegen Antisemitismus und für Israel einzutreten. Viele Menschen suchen nach einem Ort, an dem Solidarität mit Israel, Aufklärung über Antisemitismus und zivilgesellschaftliches Engagement zusammenkommen. In den letzten vier Jahren konnten wir unsere Mitgliederzahlen um rund 40 Prozent steigern – darauf dürfen wir gemeinsam stolz sein. Dieses Wachstum ist Ausdruck des Engagements in den Arbeitsgemeinschaften, der Beharrlichkeit vieler Ehrenamtlicher, der Professionalität unserer Geschäftsstelle und der politischen Relevanz unserer Anliegen. Die Arbeitsgemeinschaften verankern unsere Arbeit in der Bevölkerung und machen die DIG vor Ort sichtbar.

Eine Organisation mit fast 10.000 Mitgliedern und mehr als 50 Arbeitsgemeinschaften muss aber auch reflektieren, was diese Größe für Abläufe, Zuständigkeiten und Erwartungshaltungen bedeutet. Wer weiter wachsen will, muss Führung, Arbeitsweise und Beteiligungsformate modernisieren und ausbauen. Deshalb sollte die Hauptversammlung auch über Strukturen und ihre Weiterentwicklung sprechen. Das Präsidium braucht neue, tragfähige Formen der Verantwortungsteilung. Dazu gehört insbesondere die Einführung eines geschäftsführenden Präsidiums oder zumindest die Möglichkeit, bestimmte Aufgaben rechtswirksam auf eine Teilgruppe des Präsidiums zu delegieren. Ein geschäftsführendes Präsidium soll keine unnötigen Hierarchien schaffen, sondern Handlungsfähigkeit, Verlässlichkeit und Transparenz sichern – und in ein Blick in die Geschichte zeigt: Das hatten wir schon einmal.

Die Arbeit der DIG stützt sich auch mit Geschäftsstelle und Bundesförderung zuallererst auf Ehrenamt. Das gilt insbesondere für das Präsidium. Unabhängig davon, wen das Präsidium der Hauptversammlung als Präsidentin oder Präsidenten vorschlägt, sollten die Arbeitsgemeinschaften über geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für das Gremium nachdenken und diese ermutigen.

Meine Erwartung an künftige Präsidiumskandidatinnen und -kandidaten ist klar: Wer in dieses Gremium gewählt werden möchte, sollte nicht nur politische Überzeugung, öffentliche Glaubwürdigkeit

oder fachliche Kompetenz mitbringen, sondern auch ausreichende zeitliche Verfügbarkeit. Das Präsidium ist im Wesentlichen kein repräsentatives Gremium. Abgeordnete aus demokratischen Fraktionen unterstreichen unseren überparteilichen Charakter und halten wichtige Kommunikationskanäle offen. Ansonsten ist das Präsidium ein Arbeitsgremium. Gerade weil unsere hauptamtlichen Ressourcen begrenzt sind, brauchen wir Mitglieder im Präsidium, die bereit und in der Lage sind, regelmäßig Verantwortung zu übernehmen, Themen zu treiben, Rücksprachen zu führen und Vorhaben im Verein zu begleiten.

Nach meiner Erfahrung reicht es nicht, wenn Präsidiumsmitglieder sich auf die Teilnahme an Sitzungen beschränken. Eine Präsidentin oder ein Präsident braucht keine Kommentatoren, sondern aktiv Mitarbeitende. In der Vergangenheit war das Aktivitätsniveau im Präsidium individuell sehr unterschiedlich ausgeprägt. Künftig sollte möglichst jedes Präsidiumsmitglied die Verantwortung für mindestens ein konkretes Arbeitsfeld oder Projekt übernehmen und dieses sichtbar für das Präsidium vorbereiten und gestalten – etwa in den Bereichen Publikationen, Veranstaltungen, Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, politische Bildung, Mitgliederwerbung oder beim Erschließen neuer Zielgruppen.

Gerade im Jubiläumsjahr müssen wir uns fragen, wie wir die nächste Entwicklungsstufe der DIG erreichen. Wir müssen weiter wachsen – nicht nur zahlenmäßig, sondern auch kulturell, sozial und generationell. Die DIG muss jünger und weiblicher werden und diese Entwicklung auch in Gremien, Leitungsfunktionen und öffentlichen Gesichtern widerspiegeln. Es geht nicht um Symbolik, sondern um reale Erneuerungsfähigkeit.

Ebenso wichtig ist, dass wir neue Milieus erschließen und Mitgliedern mehr Möglichkeiten bieten, sich inhaltlich und überregional einzubringen. Viele bringen Kompetenzen aus Schule und Hochschule, Antisemitismusforschung, Kulturarbeit, Medien, Kommunalpolitik, Sicherheitsfragen, Nahostpolitik, religiösem Dialog oder Vereinsorganisation mit. Diese Expertise sollten wir stärker in bundesweiten Themenformaten, projektbezogenen Netzwerken und fachlichen Arbeitszusammenhängen bündeln – etwa durch Fachgruppen, digitale Werkstattgespräche, thematische Projektteams oder Austauschformate zu Publikationen, Kampagnen und Veranstaltungsplanung. Dies zu entwickeln, muss Aufgabe des nächsten Präsidiums werden.

Sechzig Jahre nach ihrer Gründung steht die DIG auf einem starken Fundament: bundesweit verankert, politisch wahrnehmbar, gesellschaftlich relevant. Lassen Sie uns diese Stärke nutzen, um uns weiterzuentwickeln und neue Menschen für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen – damit die DIG künftig noch stärker und wirksamer für Israel und gegen Antisemitismus eintreten kann.

Am Israel Chai
Das Volk Israel lebt.
Die Deutsch-Israelische Gesellschaft lebt.

Viele Grüße
Volker Beck
Präsident

Einladung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.

Berlin, Mai 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

das Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.
lädt Sie ein zur

42. ordentlichen Hauptversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.

Die Hauptversammlung findet statt in Nürnberg:

Samstag, 14. November 2026 von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Sonntag, 15. November 2026 von 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Der genaue Veranstaltungsort wird bei Anmeldung bekannt gegeben.

Stimmberechtigt auf dieser Hauptversammlung sind die von den Arbeitsgemeinschaften gewählten Delegierten.

Delegierte sind von den Arbeitsgemeinschaften spätestens vier Wochen vor der Hauptversammlung in der Bundesgeschäftsstelle unter Vorlage des Protokollauszugs der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft anzumelden.

Sollten Sie als Gast an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, melden Sie sich bitte bis 17. Oktober 2026 per E-Mail in der Bundesgeschäftsstelle an.

Das Präsidium schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten
2. Begrüßung durch den Vorsitzenden der DIG Nürnberg
3. Grußworte
4. Feststellung der satzungsgemäßen Ladung
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Genehmigung des Protokolls der 41. ordentlichen Hauptversammlung
7. Regularien
 - 7.1. Wahl einer Tagungsleitung
 - 7.2. Wahl einer Mandatsprüfungskommission
 - 7.3. Wahl einer Wahlkommission
8. Berichte
 - 8.1. Tätigkeitsbericht des Präsidiums / Bericht des Präsidenten
 - 8.2. Bericht des Schatzmeisters
 - 8.3. Bericht der Rechnungsprüfer
 - 8.4. Bericht des Jungen Forums
9. Aussprache
10. Entlastung des Präsidiums für die Jahre 2024 und 2025
11. Neuwahl des Präsidiums
12. Neuwahl der Rechnungsprüfer
13. Nachwahl / Neuwahl des Schiedsgerichts
14. Satzungsänderung
15. Anträge
16. Verschiedenes

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Sie setzt sich gemäß § 9 der Satzung folgendermaßen zusammen:

- (1) Jede anerkannte Arbeitsgemeinschaft wird unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder durch mindestens einen Delegierten vertreten, sofern diese ihren Verpflichtungen, insbesondere denen aus § 14a Abs. 3 nachgekommen ist.
- (2) Je angefangene 100 Mitglieder entsendet die Arbeitsgemeinschaft einen weiteren Delegierten. Für die Berechnung des Delegiertenschlüssels ist die Entrichtung des satzungsgemäß festgelegten Beitrags maßgeblich. Für die Zahl der von der Arbeitsgemeinschaft zu entsendenden Delegierten ist der Mitgliederstand drei Monate vor der Hauptversammlung entscheidend. Die Arbeitsgemeinschaften können über die vorgenannte Anzahl von Delegierten hinaus Ersatzdelegierte wählen.
- (3) Das Junge Forum der DIG (§ 15) kann bis zu drei Delegierte in die Hauptversammlung entsenden.
- (4) Einzelmitglieder, die keiner Arbeitsgemeinschaft angehören, haben das Recht, mit aktivem und passivem Wahlrecht an den Delegierten-Wahlversammlungen der verkehrsmäßig am günstigsten zu erreichenden Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen.
- (5) Korporative Mitglieder (Juristische Personen und Personenvereinigungen) haben das Recht, durch einen Bevollmächtigten oder gesetzlichen Vertreter an den Delegierten-Wahlversammlungen der für sie zuständigen Arbeitsgemeinschaft mit aktivem und passivem Wahlrecht teilzunehmen.

DIG Bocholt

Der große Raubzug

DIG-Vorsitzender stellt sein Buch vor

Mehr als einhundert Interessierte besuchten Mitte Mai die Lesung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft im Bocholter Lernwerk. Der Vereinsvorsitzende, Dr. Wolfgang Buschfort, stellte dort sein Buch „Der große Raubzug“ über die sogenannten Arisierungen jüdischen Besitzes in Bocholt vor.

„Arisierung“ war die NS-Terminologie für den Zwangsbesitzübergang von Juden an Nichtjuden, häufig zu Dumpingpreisen – wenn überhaupt gezahlt. In der rund zweistündigen Veranstaltung, bei der die Besucher intensiv über einzelne Fälle diskutierten, ging es vor allem um Geschäfte, Wohnhäuser und Fabriken, aber auch um Kunstwerke, Möbel und komplette Wohnungseinrichtungen.

Besonders bedrückend war die Erkenntnis, dass die Täter meist keine überzeugten Nazis waren. Sie stammten aus dem bürgerlichen, katholischen Milieu und hatten sich teilweise gar nicht oder erst spät der NSDAP angeschlossen. Sie nutzten die Gelegenheit, Häuser, Fabriken und Geschäfte auf Kosten jüdischer Mitbürger – oft Nachbarn oder Geschäftskollegen – besonders günstig zu erwerben. Die Voraussetzungen hierfür schuf der NS-Staat durch Sondersteuern, Zwangsabgaben und umfassende Rechtseinschränkungen für Juden. Hinzu kam die nahezu vollständig zur NSDAP übergelaufene Bocholter Stadtverwaltung, die Immobilienpreise willkürlich festlegte und diese Praxis nach dem Krieg in Entschädigungsverfahren verteidigte.

Die Lesung machte deutlich, wie eng wirtschaftliche Interessen, gesellschaftliches Wegsehen und staatliche Verfolgung miteinander verknüpft waren. Viele Besucherinnen und Besucher waren tiefbewegt über das Ausmaß der Enteignungen und die aktive Mitwirkung weiter Teile der damaligen Stadtgesellschaft. Die anschließende Diskussion zeigte, dass die Aufarbeitung dieser dunklen Kapitel der Bocholter Geschichte bis heute von großer Bedeutung ist.

Dr. Wolfgang Buschfort
DIG AG Bocholt



Autor und Vorsitzender Dr. Wolfgang Buschfort bei seinem Vortrag



Ein gut bestückter Büchertisch, eine interessante Lektüre

AG Bonn

Ein Abend mit Efrat Machikawa und Petra Hemming

Zwischen Erinnerung und Hoffnung: Wiederaufbau des Kibbuz Nir Oz

Einen berührenden Abend verbrachten wir – wenn auch nur virtuell – mit Efrat Machikawa, israelische Kulturdiplomatin, und Petra Hemming, Vorsitzende des Solidaritätspartnerschaftsvereins Bergisch Gladbach – Nir Oz und des Ganey-Tikva-Vereins. Mit ihren beeindruckenden Berichten, über ihre persönliche Begegnung hinausgehend, gaben beide spannende Hintergrundinformationen zur Entstehungsgeschichte, zum Überfall am 7. Oktober 2023 sowie zum Wiederaufbau des Kibbuz Nir Oz, der in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gazastreifen liegt.

Nir Oz war der von den Massakern des 7. Oktober am stärksten betroffene Kibbuz. Etwa ein Viertel seiner Einwohnerinnen und Einwohner wurden in ihrem Zuhause oder in Gefangenschaft ermordet. Nahezu 80 Prozent der Gebäude im Kibbuz wurden durch Hamas-Terroristen zerstört. Efrat wuchs in Nir Oz auf. In lebhaften Bildern, untermauert mit einem kurzen Filmbeitrag, schildert sie ein von den Pionieren – zu denen auch ihr Onkel Gadi Moses, ehemalige Hamas-Geisel, gehört – erschaffenes Paradies, in dem es sich, trotz der Nähe zum Gazastreifen und dem von dort aus immer wiederkehrenden Raketenbeschuss, gut leben ließ. Mit dem 7. Oktober zerbrach ihre bis dahin „heile“ Welt, ihr Zuhause. Bald nachdem klar wurde, dass sowohl ihre Tante Margalit als auch ihr Onkel Gadi Moses zu den von der Hamas gefangen genommenen und in den Gazastreifen verschleppten Geiseln gehörten, trat sie in der breiten Öffentlichkeit als Mitglied des „Hostages Families Forum“ für die Freilassung der Geiseln, darunter auch deutsche Staatsbürger, ein.

Für die Vorsitzende des Ganey-Tikva-Vereins Petra Hemming und ihren Mitstreiter, Dr. Roman Salyutov, war seit Bekanntwerden des Ausmaßes an Zerstörung und der seit der Shoah nie dagewesenen Opferzahl klar, dass sie handeln mussten: schnell und an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert. Sehr bald nahm Petra auf Vermittlung der deutschen Botschaft in Tel Aviv Kontakt zu Efrat auf.

Petra, die 1979 zu den ersten Austauschschülern der von ihrem Vater mitgegründeten Städtepartnerschaft Düssel-



Bildschirm von Efrat Machikawa während des Zoom-Meetings der DIG AG Bonn am 16.04.2026.

dorf – Haifa gehörte und einige Zeit in einer Familie von Shoah-Überlebenden in Haifa verbrachte, fand in Efrat eine Verbündete bezüglich der finanziellen und praktischen Hilfe für die am schwersten betroffenen Hinterbliebenen. Zwischen beiden entwickelte sich eine enge Freundschaft, die Motivation und Triebfeder für zahlreiche Projekte des kurze Zeit später ins Leben gerufenen Solidaritätspartnerschaftsvereins Bergisch Gladbach – Nir Oz war. Zu den ersten Unterstützungsmaßnahmen gehören der „Garten der Freundschaft“ für die in Carmei Gat untergebrachten evakuierten Hinterbliebenen aus Nir Oz, ein Gewächshaus für Kinder sowie die Anschaffung technischer Gerätschaften für die Landwirtschaft.

Bald darauf wurden die ersten Reisen nach Nir Oz mit Volontären aus ganz Deutschland zu Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten organisiert. Einige von ihnen teilten ihre Erfahrungen mit uns an diesem Online-Abend.

Das jüngste Projekt des Vereins ist ein neues Gästehaus in Nir Oz, das als Unterkunft für zukünftige Volontäre aus aller Welt und Begegnungsstätte dienen soll.

Wer mehr Informationen dazu haben oder selbst als Volontär den Aufbau von Nir Oz unterstützen will, wendet sich über die Webseite des Vereins Home | Solidaritätspartnerschaft Bergisch Gladbach – Nir Oz e. V. am besten direkt an Petra.

Ursula Schmitt
DIG AG Bonn

AG Bonn

Iranisches Konsulat in Bonn?

Zum Ende des letzten Jahres kursierten Gerüchte über die Eröffnung eines iranischen Konsulats auf dem Gelände der ehemaligen iranischen Botschaft in Bonn.

Diverse Publikationen haben darüber berichtet, so der Generalanzeiger Bonn in einem Beitrag. In einer Pressekonferenz des Auswärtigen Amtes am 07.11.2025 hieß es auf die Frage, ob die Gerüchte bestätigt werden können: „Aufgrund der Anzahl der betroffenen Personen (mit doppelter Staatsangehörigkeit) ist die Versorgung durch die Konsularabteilung der iranischen Botschaft in Berlin nicht gewährleistet. Deswegen gibt es derzeit Behelfslösungen wie etwa Konsulartage. Unter Berücksichtigung aller Umstände – dazu gehören insbesondere auch Sicherheitsaspekte – prüfen wir Wege, wie die konsularische Betreuung verbessert werden kann.“

Die Berichterstattung hat für Unruhe unter den hier lebenden Exil-Iranerinnen und -Iranern gesorgt, aber auch Besorgnis bei uns und der Jüdischen Synagogengemeinde Bonn ausgelöst. In der Folge hat die AG Bonn verschiedene Aktionen der in Bonn und Umgebung lebenden Exil-Iranerinnen und -Iranern aktiv begleitet und unterstützt. Insbesondere haben wir – nachdem uns ein Bonner Mitglied der DIG auf die genannten Vorgänge hinwies – ein Schreiben an die Fachebene des Auswärtigen Amtes (AA) versandt. Darin machten wir auf widersprüchliche Aussagen zu einer Konsulateröffnung in Bonn von seiner Seite und von Seiten des Bürgerbüros des AA aufmerksam und baten um Aufklärung. Dies insbesondere, um unserer Besorgnis Ausdruck zu verleihen angesichts der zu befürchtenden Auswirkungen und Gefahren, die von einem Konsulat für die hier lebenden Exil-Iranerinnen und Iraner, Jüdinnen und Juden und Mitgliedern pro-israelischer Organisationen ausgehen können.

Die Antwort des AA auf unser Schreiben vom 25.02.2026 – drei Tage vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges gegen das Mullahregime im Iran – lautet wie folgt:



Kundgebung gegenüber dem iranischen Botschaftsgebäude

„Die konsularische Betreuung iranischer Staatsbürger findet ausschließlich durch die iranische Botschaft in Berlin statt. Um den sehr hohen Bedarf an konsularischen Dienstleistungen zu decken, kann die iranische Botschaft Berlin derzeit lediglich Konsularsprechtage auch in anderen Städten anbieten.“

Fazit: Ob die Gerüchte um die Eröffnung eines iranischen Konsulats damit verstummen, bleibt abzuwarten, nicht zuletzt aufgrund des ungewissen Ausgangs des Krie-

ges gegen das Mullahregime in Teheran. Ein „Scheitern“ im Sinne eines Verbleibs des Regimes an der Macht hätte nicht nur verheerende Folgen für die Freiheits- und Demokratiebestrebungen des iranischen Volkes, sondern würde auch eine Bedrohung für die hier lebenden Exil-Iranerinnen und -Iraner, jüdischen Einrichtungen und all diejenigen bedeuten, die sich aktiv für das Existenzrecht Israels einsetzen.

Ursula Schmitt
DIG AG Bonn

AG Buxtehude

Gegen Juden- und Israelfeindschaft in der Kleinstadt

AG wehrt sich gegen Veranstaltung mit Islamistin und Israelgegnerin

In Buxtehude fanden im März wie in anderen Städten wieder die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ (IWGR) statt, organisiert von einem „Bunten Block“ und der örtlichen Islamischen Gemeinde. Mitglieder der Buxtehuder Arbeitsgemeinschaft der DIG befürchteten, dass bei der zentralen Veranstaltung der Islamischen Gemeinde zum Thema „antimuslimischer Rassismus“ mit der islamischen Aktivistin, Israelgegnerin und Buchautorin Kübra Gümüşay Antisemitismus und Israelfeindschaft verbreitet würde. Gümüşay war mehrfach bei Kundgebungen der rechtsextremen türkischen „Grauen Wölfe“ und des 2024 verbotenen Islamischen Zentrums des iranischen Regimes in Hamburg aufgetreten ist und nennt die Reaktion der israelischen Armee auf den Terrorüberfall der Hamas einen „Genozid“.

Wir beschlossen deshalb, zeitgleich eine Gegenveranstaltung mit dem Titel „Israel, Deutschland und der Hass gegen Juden“ im Rahmen der IWGR zu organisieren. Dafür konnten wir den Ende 2025 zurückgetretenen Hamburger Antisemitismusbe-

auftragten und früheren Vorsitzenden der Hamburger AG Stefan Hensel gewinnen. Am 26. März kamen 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur ersten öffentlichen Diskussion der AG in die Volkshochschule. Für unsere kleine Arbeitsgemeinschaft, die aus einem Schüleraustausch des Stadtjugendrings mit Netanya entstanden ist, ein großer Erfolg. Und die Idee ging auf: Mehrere Teilnehmerinnen sagten, dass sie sich zunächst zu der Veranstaltung mit Gümüşay angemeldet, dann aber umentschieden hätten, als sie die Einladung unserer AG sahen.

Stefan Hensel sprach davon, dass viele der 200.000 Jüdinnen und Juden in Deutschland darunter litten, dass Nachbarn seit dem 7. Oktober nicht mehr mit ihnen reden und sie sich zunehmend isoliert fühlten. Er berichtete aber auch, dass ihm Hausbewohner gesagt hätten: „Wenn etwas ist, melden Sie sich.“ Das Bild sei nicht schwarz-weiß, doch hätten die antisemitischen Angriffe und Anfeindungen erschreckend zugenommen. Er selbst war im vergangenen Mai mit seiner kleinen Tochter von einem Islamisten attackiert

worden. Daher saßen zu seiner Sicherheit zwei uniformierte Polizisten in Absprache mit dem Staatsschutz im Raum. Auch das zeigte, wie sehr jüdisches Leben in Deutschland gefährdet ist.

Obwohl es ausdrücklich nicht um die israelische Regierung, die Kriege in Gaza und gegen das iranische Regime gehen sollte, meldeten sich mehrere Teilnehmer mit heftiger Kritik zu Wort. Ein Lehrer, Mitglied von Amnesty, machte Israel für die Kriege in Nahost verantwortlich und prangerte die Besatzung an. Ein weiterer fragte, wann die Juden endlich ihre „Schuld“ bekennen würden. Andere bekundeten ihre Solidarität mit Israel. Stefan Hensel antwortete geduldig und erwiderte: „Den Nahostkonflikt werden wir hier nicht lösen.“ Schon zu Beginn hatte er gewarnt: „Es wird kein Happy End geben bei so einer Veranstaltung.“ Dennoch und gerade wegen der Offenheit der Diskussion ein gelungener Abend, dem weitere Veranstaltungen folgen sollen.

Ludwig Greven
AG Buxtehude

Iranische Mordpläne gegen Volker Beck

Im Mai 2026 hat die Bundesanwaltschaft Anklage gegen zwei Männer erhoben, die im Auftrag des iranischen Regimes Mord- und Brandanschläge in Deutschland vorbereitet haben sollen. Zu den möglichen Zielen zählten Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, und Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Auch die Berliner DIG-Geschäftsstelle wurde ausgespäht. Laut Medienberichten war die Gefahr bereits konkret: Offenbar war bereits eine Pistole zu Becks Ermordung beschafft worden. Die entscheidenden Hinweise auf die Anschlagpläne kamen von israelischen Geheimdienstinformationen.

Der Fall zeigt mit brutaler Klarheit: Die Bedrohung durch das iranische Regime ist nicht abstrakt. Sie richtet sich gegen jüdisches Leben, gegen Israel und gegen diejenigen, die in Deutschland sichtbar für die deutsch-israelische Freundschaft eintreten.

Jugendaustausch

Buxtehuder Jugendleiter:innen erneut in Israel

Fachkräfteprogramm setzt starkes Zeichen des Zusammenhalts

Acht Jugendleiterinnen und -leiter aus Buxtehude reisten im November 2025 zu einem fünftägigen Fachkräfteprogramm nach Netanya, Israel. Die Delegation der Ehrenamtlichen des Stadtjugendrings (SJr) und der DIG Arbeitsgemeinschaft Buxtehude traf dort auf hauptamtliche Mitarbeitende der Partnerorganisation Matnasgan – Community Centers East Netanya. Es war das erste persönliche Wiedersehen seit dem 7. Oktober 2023 – ein Moment, der für beide Seiten von großer Bedeutung war. „Unser Besuch ist ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit und des gemeinsamen Willens, den deutsch-israelischen Austausch fortzuführen“, erläutert Vorstandsmitglied Achim Biesenbach der DIG AG Buxtehude.

Einblicke in Jugendarbeit und gesellschaftliche Realität

Das Programm bot Einblicke in die umfangreiche Arbeit der Gemeindezentren:

von Kinderbetreuung bis Erwachsenenbildung, von Tanzen bis Singen, von Jugendclubs bis Seniorentreffs deckt ein Gemeindezentrum in Israel üblicherweise eine Bandbreite an Angeboten ab, die in Deutschland meist über unterschiedliche Träger angeboten werden. Besonderen Eindruck hinterließ das Hephzibah Community Center, das in einem Stadtteil mit hohem Anteil an äthiopisch-jüdischer Bevölkerung steht und äthiopische Kultur in die Angebote integriert.

Ein prägendes Element der Reise war ein ganztägiger Ausflug ins Grenzgebiet zum Gazastreifen. Bei der Polizeistation Sderot, dem Kibbuz Kfar Azza, dem Burnt Vehicles Parking Lot bei Tkuma und dem Gelände des Nova-Festivals erhielt die Gruppe unmittelbare Eindrücke des Massakers vom 7. Oktober 2023. Begleitet von einer Reiseleiterin, die selbst Freunde verloren hat und nur durch Zufall nicht beim Nova-Festival war, erlebte die Austauschgruppe einen emotional intensiven Tag. Über Leben und tragischen Tod am Ort der Ermordung von einem Menschen erzählt zu bekommen, wirkt lange nach und beschäftigt die Teilnehmenden über das Programm hinaus. „Die Orte des 7. Oktobers 2023 mit eigenen Augen zu sehen, Gespräche mit Überlebenden und Hinterbliebenen zu führen – diese Momente haben uns tief bewegt“, erläutert Anna Bundt, langjährige Austausch-Begleiterin und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der DIG AG Buxtehude.

Begegnungen, die verbinden

Anlass für den Austausch war das jährlich stattfindende „Global Shabbat Dinner“ im Gemeindezentrum, bei dem religiöse und säkulare Familien miteinander speisen und ins Gespräch kommen – was im Alltag sonst eher nicht geschieht. Die anschließende moderierte und kontrovers geführte Diskussion über religiöses Leben im öffentlichen Raum zeigte den deutschen

Teilnehmenden die Vehemenz dieses innenpolitischen Diskurses.

Auch die freien Zeiten nutzten insbesondere die jüngeren Delegationsmitglieder, die in den letzten Jahren an den Jugendaustauschprogrammen teilgenommen hatten, um ehemalige israelische Teilnehmende wiederzusehen. Diese Gespräche boten unmittelbare Einblicke in die Lebensrealitäten junger Israelis, insbesondere weil viele der Austauschpartner:innen zurzeit ihren Wehrdienst absolvieren.

Gemeinsame Planung des Austauschs 2026

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Weiterentwicklung des Jugendaustausches. In Workshops reflektierten beide Seiten die bisherigen Programme, überprüften Ziele und planten die nächsten Schritte. Für Mai 2026 ist der Gegenbesuch der israelischen Fachkräfte in Buxtehude in Vorbereitung. Im Sommer 2026 ist zudem erneut ein Jugendaustausch mit Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Buxtehude Süd beabsichtigt. „Gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich, wie ernst wir es mit der Völkerverständigung nehmen – daher setzen wir uns gerade jetzt für den deutsch-israelischen Austausch ein“, so Achim Biesenbach.

Israel-Austausch seit 10 Jahren

Den Israel-Austausch nach Netanya, einer rund 200.000 Einwohner zählenden Großstadt an der Mittelmeerküste, organisiert der Stadtjugendring Buxtehude e.V. (SJr) in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Buxtehude der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. (DIG) sowie dem Gymnasium Buxtehude Süd. Der Austausch wird vom Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch (ConAct) sowie der Stadtjugendpflege Buxtehude gefördert.

Achim Biesenbach und Anna Bundt
AG Buxtehude



Besuch und Gespräche über Aktivitäten in der Gemeinde in einem der Gemeindezentren der Partnerorganisation Matnasgan in Netanya

AG Frankfurt

Das neue Normal

Jüdisches Leben in Deutschland verschwindet aus dem öffentlichen Raum. Stefan Hensel sprach am 16. April 2026 im Archäologischen Museum Frankfurt darüber, was sich für Jüdinnen und Juden verändert hat, warum Antisemitismusprävention oft ins Leere läuft und was passieren müsste, damit sie wirkt.

Stefan Hensel stellt Spielzeugfiguren auf einen Tisch. Figuren, die seiner Tochter gehören, erzählt er – er hatte morgens noch mit ihr gespielt. Sie heißen Olga und Alexander, sie haben zwei Kinder, der Enkel heißt Dima. Keine erfundenen Figuren, Menschen, mit denen Hensel gesprochen hat. Olga und Alexander sind russischsprachige Juden, Mitte siebzig, Kontingentflüchtlinge. Anfang der Neunziger kamen sie nach Deutschland. Etwa 95 Prozent der jüdischen Gemeinschaft in diesem Land stammt aus der ehemaligen Sowjetunion. Ihre akademischen Abschlüsse wurden nicht anerkannt. Die Rentenansprüche aus Russland kamen nie an.

Nach dem 7. Oktober 2023 hat ihr tschetschenischer Nachbar, mit dem sie sich vorher auf Russisch unterhalten haben, aufgehört, mit ihnen zu reden. Seitdem fährt Alexander mit dem Aufzug nicht mehr in den 13. Stock, wo er wohnt, sondern nur bis zum 10., weil er Angst hat, seinem Nachbarn zu begegnen. Niemand kann verpflichtet werden, Nachbarn zu grüßen. Aber was diese Situation mit einem Menschen macht, das ist eine andere Frage. Olga und Alexander haben in einer Schulkantine und als Hausmeister gearbeitet. Sie sind Rentner und Aufstockende, nicht sozial mobil, nicht in der Lage, wegzuziehen.

Stefan Hensel war von 2021 bis 2025 Antisemitismusbeauftragter von Hamburg. Im vergangenen Jahr hat er sein Amt niedergelegt. Weil er gemerkt hat, dass er mit seinen Positionen und Warnungen nicht mehr durchdrang. Das Problem in Deutschland, so Hensel, ist nicht das Fehlen von Instrumenten. Es gibt eine Nationale Strategie gegen



Stefan Hensel

Antisemitismus. Es gibt Landesstrategien in jedem Bundesland. Es gibt Beauftragte, Meldestellen, die IHRA-Definition, Beschlüsse. „Interessant wird es“, sagt Hensel, „wenn diese Strategien umgesetzt werden sollten. Weil dann wird es immer kompliziert.“

„Das öffentliche Bild hat mit der Wirklichkeit wenig zu tun.“

Wer an jüdisches Leben in Deutschland denkt, denkt an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Michel Friedman, Charlotte Knobloch, an Gemeindevorsitzende, an Intellektuelle, die vor Publikum auftreten. Aber sie repräsentieren nicht die Wirklichkeit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Olgas und Alex-

anders Kinder und ihr Enkel Dima sind mit dem Auftrag aufgewachsen: Sag niemandem, dass du jüdisch bist. In der Schule ist Dima der Russe. Das findet er sogar ganz gut, erzählt Hensel, weil es so keine Probleme gibt. Dima fährt vielleicht ins Jugendzentrum der jüdischen Gemeinde. Geht vielleicht mit Oma und Opa zum Gottesdienst. Aber in der Klasse ist das alles weit weg. Er trägt keine Davidsternkette. Keinen Beutel vom Tel-Aviv-Museum. Oma hat ihm das verboten. Spontane antisemitische Übergriffe, weil jemand erkennbar jüdisch ist, gibt es kaum noch, sagt Hensel. Nicht weil der Antisemitismus verschwunden wäre, sondern weil jüdisches Leben nahezu aus dem öffentlichen Raum verschwunden ist. Unsichtbarkeit ist zur Schutzstrategie geworden.

„Die Einsamkeit, die nach dem 7. Oktober eingetreten ist, war ziemlich erdrückend, ist ziemlich frustrierend, ist psychisch belastend.“

Dann kam der 7. Oktober 2023. Der Überfall der Hamas auf Israel, das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Und mit ihm etwas, das für viele jüdische Menschen in Deutschland mindestens ebenso einschneidend war: die Erfahrung, allein zu sein. Hensel beschreibt es als einen politischen sowie persönlichen Bruch. Nachbarn und Freunde schweigen. Schulen laden den Antisemitismusbeauftragten nicht mehr ein. Veranstaltungsabsagen häufen sich. Ein Frankfurter Kino sagt eine Filmvorführung der jüdischen Kulturtage ab: man könne den Mitarbeitenden die Sicherheitsrisiken nicht zumuten. Gleichzeitig haben sich in dieser Einsamkeit manche neu zusammengefunden. Synagogen sind voller geworden. Nicht weil Menschen religiöser geworden wären, sondern weil sie Gemeinschaft brauchten. Und Hensel erzählt von seinen iranischen Nachbarn, die sagen, wie leid es ihnen tue. Das habe ihn beschämt. Weil er gemerkt hat, wie selten er selbst so etwas tut.

„Wenn es um Judenhass geht, wird es immer kompliziert.“

Auf dem Papier sieht es nicht schlecht aus. Die IHRA-Definition ist breit akzeptiert – zumindest offiziell. Theoretisch müssen sie alle nutzen, die öffentliche Gelder bekommen: Universitäten, Vereine, Institutionen. In der Praxis ist davon wenig zu spüren. Sexismus hat eine UN-Definition. Homophobie hat eine UN-Definition. Auf dieser Grundlage wurden in vielen gesellschaftlichen Bereichen verbindliche Strukturen aufgebaut – Kampagnen im Breitensport, Schulen ohne Rassismus, Diversitätsbeauftragte, Förderrichtlinien. Wenn es aber um Judenhass geht, wird es, stellt Hensel nochmals heraus, immer irgendwie kompliziert. Allein die Definition wird zur Debatte. Die Landesstrategie steht, aber die Umsetzung stockt. Die Förderrichtlinien enthalten das Thema nicht. Und in der Verwaltung gibt es, auf der zweiten oder dritten Ebene unter den politisch Verantwortlichen, Menschen, die sich

quer stellen – manchmal aus inhaltlichen Gründen, manchmal aus Bequemlichkeit.

„Das einfachste Instrument ist Geld.“

Das einfachste Instrument, so Hensel, sind finanzielle Mittel. Institutionen, die öffentliche Mittel erhalten, können verpflichtet werden, bestimmte Standards einzuhalten. Wenn eine Institution wiederholt antisemitische Veranstaltungen duldet oder fördert, muss das Konsequenzen haben. Als der ehemalige Berliner Kultursenator Joe Chialo genau das vorschlug – die IHRA-Definition in die Förderrichtlinien aufzunehmen – hatten sich innerhalb von 24 Stunden 500 Kulturschaffende zu einem Protestbrief zusammengefunden. Als auf deutschen Straßen offen zu Gewalt gegen Juden aufgerufen wurde: nichts.

„Wenn ein Verein es ernst meint, macht das einen Unterschied.“

Hensel erzählt von seiner Arbeit mit Hamburger Sportvereinen. Über Vereinsmitglieder, die in der Mitgliederversammlung darüber diskutiert haben, ob sie die IHRA-Definition in ihren Statuten verankern. Wenn ein 16-Jähriger weiß, dass sein Verein antisemitische Vorfälle ernst nimmt und konsequent handelt, wenn im Stadion der Name einer der Geiseln des 7. Oktober auftaucht und ein Jugendlicher fragt, wer das war – dann, sagt Hensel, passiert etwas. Und wirkt nach.

Im strafrechtlichen Bereich ist in Hamburg in den letzten Jahren einiges passiert. Polizistinnen und Polizisten werden geschult, antisemitische Tathintergründe zu erkennen und zu protokollieren. Ein Übergriff, bei dem die vernehmende Beamtin notiert, das Opfer habe sichtbar ein Israel-Abzeichen getragen und der Angreifer habe auf Arabisch „Jude“ gerufen, kann als Hassverbrechen eingestuft werden.

Aber Strafrecht greift nur dort, wo jemand bereit ist, Anzeige zu erstatten. Olga und Alexander würden das nicht tun. Weil sie wissen, dass es für sie nichts ändert. Also fallen sie nicht auf. Genau wie man es gelernt hat: schon in der Sowjetunion.

„Antisemitismus wird anders behandelt.“

Antisemitismusprävention ist, das ist Hensels vielleicht wichtigster Gedanke, eine demokratische Grundsatzfrage. Er schildert den Fall eines jüdischen Schülers, der in einer WhatsApp-Gruppe antisemitisch beschimpft wird und wie Schüler im Unterricht den Hitlergruß zeigen. Eine Anzeige gibt es nicht. „Es wird so getan, als sei die Schule ein Ort, an dem deutsches Recht nicht greift“, sagt Hensel. Im Gespräch mit der Jahrgangsstufenleitung wird ihm erklärt, der Junge sei „sowieso sehr kompliziert“. Hensel hält dagegen: Würde man bei einem sexistischen Übergriff auch so argumentieren? Die Antwort ist klar, Antisemitismus wird anders behandelt – und genau darin liegt für ihn das Problem. Es sei nicht verbindlich vorgeschrieben, dass Lehrer im Bereich Antisemitismus geschult werden – obwohl sie in anderen Diskriminierungsfeldern ausreichend ausgebildet werden müssen. Das müsse geändert werden.

Hensel fordert: Die IHRA-Definition muss in Förderrichtlinien und Bescheiden verankert werden – erst dann entstünden Konsequenzen, auf die man sich berufen kann.

Er verweist auf Länder wie Tschechien oder Polen, in denen sich politischer Wille in Bildungsplänen niederschlägt und sich in einem deutlich positiveren Bild von Israel in der Bevölkerung zeigt. Was gerade fehlt: Begegnung. Jugendaustausch, Reisen nach Israel, vieles ist seit dem 7. Oktober weggebrochen. Hensel glaubt nicht, dass solche Erfahrungen automatisch Überzeugungen ändern. Aber sie verschieben etwas. Es brauche Menschen, die widersprechen.

Olga und Alexander und ihre Familie stehen noch immer auf dem Tisch. Ihr Enkel Dima ist heute vielleicht achtzehn, zwanzig. Was er von Deutschland hält, eine Frage, die aus dem Publikum kommt, weiß niemand genau – dazu gibt es, sagt Hensel, wenig Forschung. Was man weiß: Er hat gelernt, nicht aufzufallen. Ob er das irgendwann ablegen kann, hängt davon ab, ob Deutschland sein Antisemitismusproblem ernsthaft angeht und sichtbares jüdisches Leben gewollt ist.

Stella Friedrichs
AG Frankfurt

AG Gifhorn

Benefizkonzert für den Kibbuz Nir OZ

Ein Abend des Erinnerns und der Hoffnung

Ein gut besuchtes Benefizkonzert im Clara-Schumann-Saal der Kreisvolkshochschule Gifhorn hat ein starkes Zeichen der Solidarität gesetzt. Insgesamt kamen 1.325 Euro an Spenden zusammen, die vollständig dem Wiederaufbau des Kibbuz Nir Oz zugutekommen werden.

Veranstaltet wurde das Konzert von der erst im vergangenen Jahr gegründeten Deutsch-Israelischen Gesellschaft Gifhorn unter der Leitung ihrer Vorsitzenden Karen Beatrice Wegner. Sie dankte in ihrer Begrüßung den zahlreichen Gästen sowie den anwesenden Vertretern aus den DIG-Gliederungen Hannover und Braunschweig sowie Gästen aus der iranischen, kurdischen Gemeinde und der Initiative „Iron Dome“ aus Hannover. Ursprünglich war die Veranstaltung als Kooperation mit dem Landkreis Gifhorn geplant gewesen, kam jedoch leider aus inhaltlichen Gründen nicht zustande.

Im Mittelpunkt des Abends stand neben Musik und Literatur auch das Gedenken an die Opfer des 7. Oktober 2023. Wegner beschrieb diesen Tag als tiefen Einschnitt, der die Welt für viele Menschen in ein „Davor“ und ein „Danach“ teile. Ziel der Veranstaltung sei es gewesen, nicht nur zu erinnern, sondern ein Zeichen für Leben, Hoffnung und Zukunft zu setzen.

Ein besonders bewegender Moment war das Grußwort von Sonja Bohl-Dencker, der Mutter von Carolin Bohl, die am 7. Oktober 2023 bei dem Angriff der Hamas ermordet wurde. Die Mutter sprach über den unermesslichen Verlust ihrer einzigen Tochter und darüber, wie sehr sie diese jeden Tag vermisste. Ihr Beitrag verlieh dem Konzert eine eindringliche persönliche Dimension.

Musikalisch und literarisch gestaltet wurde das Benefizkonzert von der Klezmer-Gruppe „Cladatje“ sowie dem Sprecher und Synchronschauspieler Robert Levin. Auf dem Programm standen Lesungen aus „Die sieben guten Jahre“ des israelischen Autors Etgar Keret, der in seinen Kurzge-



Die Klezmer-Band: Edna Eversmeier, Kurt Kratzenberg und Clive Ford

schichten humorvoll und zugleich tiefgründig von Familie, Alltag und Hoffnung erzählt. Levin, der seit über 25 Jahren als Sprecher in Hörfunk und Fernsehen tätig ist, verlieh den Texten eine eindrucksvolle Stimme.

Die Klezmerband „Cladatje“, die seit mehr als zwei Jahrzehnten besteht, präsentierte ein abwechslungsreiches Repertoire von traditionellen jiddischen Liedern bis hin zu lebhafter Tanzmusik. In der Trio-Besetzung sorgten Edna Eversmeier, Kurt Kratzenberg und Clive Ford für eine atmosphärisch dichte musikalische Begleitung.

Neben Kultur und Musik zog sich ein Gedanke wie ein roter Faden durch den Abend: die Verantwortung der Lebenden

gegenüber den Opfern. In einer eindringlichen Reflexion erinnerte Wegner an ein Symbol aus der Synagoge Chabad Lubawitsch in Hannover – einen leeren Stuhl als Zeichen für die Geiseln. Ein Rabbiner habe dazu betont, dass aus der Unfähigkeit der Opfer, selbst gute Taten zu vollbringen, eine besondere Verantwortung der Lebenden erwachse: Gutes zu tun, Menschlichkeit zu zeigen und Hoffnung weiterzutragen für die Opfer.

Am Ende des Abends stand ein gemeinsames Ziel: Mit den Spenden soll der Kibbuz Nir Oz unterstützt werden – ein Ort, der wieder zu einem Zuhause des Lebens und der Hoffnung werden soll.

Beatrice Wegner
AG Gifhorn

DIG Hannover

Die DIG bei Eziden, Kurden und Iranern

Newroz-Fest der Kurdischen Gemeinde auf dem Messegelände in Hannover

Pessach und Ostern, die Feste des Frühlings sind vorüber, ebenso wie die nahöstlichen Feste, die parallel dazu auch bei uns, von Einheimischen wenig beachtet, gefeiert werden. Den Reigen der diesjährigen Neujahrsfeste, zu dem die Deutsch-Israelische Gesellschaft eingeladen war, begann am 21. März auf der Expo-Plaza, dem zentralen Platz des Hannoverschen Messegeländes. Die Kurdische Gemeinde Niedersachsen feierte dort mit über 3000 Personen ihr Newroz-Fest. Neben Reden verschiedener kurdischer Organisationen sprach der populäre Altbürgermeister Hannovers, Herbert Schmalstieg. In seiner Rede erinnerte er an die im türkischen Kurdistan demokratisch gewählten Bürgermeister, die vom Erdoğan-Regime abgesetzt und eingekerkert wurden, und unsere Solidarität verdienten. Anschließend sprach Dündar Keloglu, stellvertretender Vorsitzender der DIG in Hannover, der – bereits, als das Wort „Israel“ in der Ankündigung fiel – mit großem Beifall begrüßt wurde. Der Beifall steigerte sich noch einmal, als das Grußwort zum Teil auf Kurdisch (Sorani) beendet wurde.



Entzünden des Frühlingsfeuers beim Newroz-Fest am 21.03.2026

„Was verbindet die Kurden und Israel?“ fragte er. „Der Kampf gegen die Islamisten! Die Antisemiten im Nahen Osten, die Feinde der Juden, sind auch die Feinde der Kurden! Von den Moslembrothern über die Hamas in Gaza und die Grauen Wölfe in Deutschland bis zu den Mörder-Mullahs im Iran – Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und der Hass auf säkulare Demokratien hinterlässt überall, wo diese Kräfte

walten, eine Blutspur. Wir sind heute hier, um unsere Lebensfreude und Selbstbehauptung zu feiern und uns nicht von Märtyrerkult und Terrorismus unterkriegen zu lassen!“ Anschließend entzündeten wir, gemeinsam mit Herbert Schmalstieg und Djénabou Diallo Hartmann und unserem Freund Alan Ramadan, dem niedersächsischen Vorsitzenden der kurdischen Gemeinde, das Feuer in der Mitte des Platzes.

Solidaritätsdemonstration der Kurden und der Iraner in der Hannoverschen Innenstadt

Es gab jedoch nicht nur gemeinsame Feste. Als in Syrien Al Jolani, bis vor kurzem bei den Terroristen der al-Nusra-Front aktiv, nun im Anzug und mit bürgerlichem Namen Al Schara, Kurden in Syrien umbringen ließ, gab es tagelang kurdische Demonstrationen (nicht nur) in Hannover, um auf diese Verbrechen aufmerksam zu machen. Nach anfänglich getrennten Demonstrationen fanden die verschiedenen kurdischen Strömungen zueinander. Auch dort waren die Deutsch-Israelische Gesellschaft und der Iron Dome Hannover gern gesehene Gäste, vereinzelt wehten in dem kurdischen Fahnenmeer auch isra-



Unter Freunden:
der Vorsitzende der DIG Hannover, Dr. Kay Schweigmann-Greve (zweiter von links)

elische Fahnen. Ein Anblick, der für die parallel demonstrierende palästinensische „Intifada-Hannover“ schwer zu ertragen war. Auf der Demonstration im Januar vor dem Niedersächsischen Landtag und bei der Kundgebung am Steintor gab es mit Beifall aufgenommene Grußworte der DIG. Ein sehr großer Teil der Kurdinnen und Kurden sieht in Israel einen Verbündeten und wollte dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Auch auf den Kundgebungen von „Mana Iran“, der liberalen konstitutionellen iranischen Demokraten, wehten unübersehbar israelische Fahnen zwischen denen der iranischen Opposition. Hier war die Hoffnung groß, dass es Israel gemeinsam mit den USA gelingen könnte, die Mullahs zu vertreiben. Dass dies immer unwahrscheinlicher wird, ist für Israel ebenso bedrohlich wie für die iranische Bevölkerung. Wenn der Krieg von den USA für beendet erklärt wird, bevor das Atomprogramm beseitigt ist, die ballistischen Raketen und ihre Produktionsstätten zerstört oder gar die Mullahs entmachtet sind, müssen alle Iraner, die im Vertrauen auf Israel und die USA im Iran ihre Freude gezeigt hatten, vor der Rache der wiedererstarkten Despoten zittern. Israel wird mitansehen müssen, wie dort ein ballistischer Schild entsteht, hinter dem das Atomprogramm wieder aufgenommen wird. So, wie wir gemeinsam gehofft haben, werden wir die gemeinsamen Enttäuschung teilen.



Buffet des deutschen Vertreters des ezidischen Prinzen Herrn Qeran Ibrahim Bag



Rauchzeremonie beim Ezidenfest in Springe am 18.04.2026

Ezidische Neujahrsfeste

Die Eziden feiern ein eigenes Neujahrsfest, Çarşema serê Nîsanê, oder Sersal, das an einem Mittwoch im April gefeiert wird. Es gilt als der Beginn der Schöpfung. Der Engel Tawisî Melek spielt eine besondere Rolle in der ezidischen Religion. Als er auf die Erde kam und ihre Schönheit sah, schenkte er ihr den Pfau als Zeichen der Vielfalt. Der Pfau gilt den Eziden bis heute als heiliges Symbol und erinnert an die Gegenwart und Bedeutung Tawisî Meleks. Nach ezidischer Vorstellung war die Erde am Anfang von Wasser bedeckt, bis sie allmählich fest wurde. Der erste Ort, an dem sich Leben entwickelte, ist das heilige Tal von Lalisch, wo sich das Oberheiligtum der Eziden befindet. Der Vertreter des ezidischen Prinzen, das geistliche Oberhaupt der Eziden in Deutschland, Mir Qeran Ibrahim Bag, der bei Hannover lebt, lud die DIG zu seiner Neujahrsfeier ein. Die feierliche Rauchzeremonie, die mit vielen Teelichtern in den Händen der Gläubigen zelebriert wurde, erinnerte an eine katholische Prozession. In der ezidischen Tradition hat Licht/Feuer allgemein eine große Bedeutung. So ist der Rauch, der aus dem Licht entsteht, ein Zeichen für Spiritualität, Erneuerung und den Kreislauf des Lebens. Nach von Tambourin und Flöte untermalten Gebeten gab es gefärbte Eier und – wie eigentlich immer bei ezidischen Festen – ausgiebig zu essen. Ein zentrales Symbol des Festes ist das Färben von Eiern. Das gekochte Ei steht sinnbildlich für die Entstehung der festen Erde aus dem Wasser, während die bunten Farben die

Vielfalt und Schönheit der Schöpfung widerspiegeln. Die Form des Eies erinnert an die Gestalt der Erde und steht symbolisch für Ursprung und Ganzheit. Das Ei gilt als Sinnbild des Lebens selbst – alles entsteht aus einem Anfang.

Auch der Ezidische Kulturverein in Springe, zu dem schon seit Jahren eine freundschaftliche Beziehung besteht, hatte uns eingeladen. Dort hielten im vergangenen Jahr unsere israelischen Gäste Amos Davidowitz und der Druse Mufid Mari Vorträge, die aus dem Englischen bzw. Arabischen ins Kurdische übersetzt wurden. Auch hier war der Empfang herzlich. Nach der Rauchzeremonie und dem Essen wurde lange getanzt – die Ähnlichkeiten zu arabischen, aber auch israelischen Reihentänzen ist groß. Die Religion spielte eine geringere Rolle, dennoch gab es eine schöne Zeremonie mit kupfernen Pfannen, in denen Rauchwerk schmort.

Der Pfau steht auch in der Mitte des Springer Vereinssymbols. Während unter den Teilnehmern der Zeremonie des ezidischen Geistlichen würdige alte Männer das Bild dominierten, war es in Springe ein buntes Familienfest: Spielende Kinder, viele junge Leute, Mädchen und Frauen oft in Gold, bunten Farben und viel lila, der Farbe ezidischer Spiritualität, geschmückt, war es hier ein ausgelassenes fröhliches Frühlingsfest. Ein Gegenbesuch wird mit einem ezidischen Stand auf dem Israeltag am 14. Juni im Park der Villa Seligmann in Hannover stattfinden.

Dr. Kay Schweigmann-Greve
AG Hannover

AG Kassel

Tanz als Dialog

Kooperation von Staatstheater Kassel und AG Kassel

In politisch schwierigen Zeiten sind kulturelle Begegnungen wichtiger denn je. Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgemeinschaft Kassel der Deutsch-Israelischen Gesellschaft das israelische Tanztheaterfestival „Embodied Dissent“, das vom 21. bis zum 25. Januar 2026 in Kassel stattgefunden hat, als Mitveranstalterin sowohl finanziell mit Mitteln aus dem Fonds der Arbeitsgemeinschaften als auch organisatorisch unterstützt. Das Festival brachte israelische Choreografinnen und Choreografen sowie Tänzerinnen und Tänzer nach Kassel und setzte damit ein starkes Zeichen für künstlerischen Austausch, Dialog und die Freiheit der Kunst.

Das Festival zeigte zeitgenössischen israelischen Tanz in seiner ganzen Vielfalt und künstlerischen Ausdruckskraft. Produktionen israelischer Choreografen wie Hofesh Shechter, Eyal Dadon, Yossi Berg und Oded Graf sowie Arbeiten junger Künstlerinnen und Künstler aus Tel Aviv machten deutlich, wie lebendig und international einflussreich die israelische Tanzszene ist. Gleichzeitig wurde sichtbar, wie sehr sich Kunst mit gesellschaftlichen Fragen, mit Krieg, Erinnerung, Identität und persönlicher Erfahrung auseinandersetzen kann. Tanz wurde dabei nicht nur als ästhetische Form, sondern auch als Ausdruck von Erinnerung, Dialog und Widerspruch verstanden.

Gerade vor dem Hintergrund des Krieges im Nahen Osten und zunehmender Polarisierung auch in Deutschland war dieses Festival von besonderer Bedeutung. Kunst und Kultur schaffen Räume für differenzierte Perspektiven jenseits von politischen Parolen oder Boykottforderungen. Das Festival zeigte, dass künstlerische Stimmen aus Israel vielfältig, kritisch und reflektiert sind und sich mit den Spannungen und Widersprüchen ihrer Gesellschaft auseinandersetzen. Es bot damit die Möglichkeit, Israel jenseits von Schlagzeilen und politischen Vereinfachungen kennenzulernen.

Die AG Kassel war gerne Mitveranstalterin des Staatstheaters Kassel, unter anderem bei einer Diskussionsveranstaltung in der Stadtbibliothek zum Thema „Dance in Times of War“, bei der namhafte Experten über die Rolle von Kunst und Körper in Zeiten von Krieg und gesellschaftlichen Konflikten diskutierten.

Das Festival ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie Städtepartnerschaften und



Aufführung von **the bAD** von Hofesh Shechter

kulturelle Zusammenarbeit konkret gelebt werden können. Kassel und Israel sind seit vielen Jahren durch kulturelle Projekte, Jugendaustausch-Programme und persönliche Begegnungen verbunden. Das Festival hat diese Verbindung sichtbar gemacht und vertieft. Bei der offiziellen Eröffnung am 23. Januar dankte der Vorsitzende der AG Kassel, Boris Krüger, sowohl dem Intendanten Florian Lutz als auch dem Tanzdirektor Dr. Thorsten Teubl des Staatstheaters Kassel für ihre Bereitschaft, israelische Kulturschaffende in ihr Haus zu holen in einer Zeit, in der sich der kulturelle Bereich in Deutschland vermehrt von Israel abwende, ja geradezu zu großen Teilen anti-israelisch eingestellt sei.

Folgende Aufführungen fanden im Verlauf dieses Wochenendes statt:

- **the bAD** von Hofesh Shechter / Shuv von Eyal Dadon
- Gastspiel des Suzanne Dallal Centres: 1|2|3 – Plattform für neue Choreo-

graf:innen. Neue Choreografien von Hila Nachshonov, Naya Binghi, Naomi Kats, Rotem Viner Tchaikovsky und Daniel Ben Ami

- **EMBODIED_IMAGES**. Drei Stücke von Roni Chadash, Klil Ela Rotshtain und Michael Getman
- **Let's Talk About Sacre: Letzter Frühling | Last Spring** | אחרון אביב von Yossi Berg und Oded Graf

Die AG Kassel hofft, dass „Embodied Dissent“ kein einmaliges Ereignis bleibt. Gerade in Zeiten, in denen kulturelle Zusammenarbeit mit Israel unter Druck geraten ist, ist es wichtig, Räume für Begegnung, Dialog und gemeinsame kulturelle Erfahrungen zu erhalten und auszubauen. Kunst kann keine politischen Konflikte lösen, aber sie kann Menschen miteinander ins Gespräch bringen, weil sie persönliche Verbindungen ermöglicht. Genau das ist in Kassel gelungen.

Boris Krüger
AG Kassel

AG Magdeburg

Neuer Vorstand und viele Herausforderungen

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Magdeburg der Deutsch-Israelischen Gesellschaft haben am 2. März 2026 einen neuen Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde der 48jährige Magdeburger Tobias Krull MdL. Sein Stellvertreter, der gebürtige Israeli Nir Lasri, wurde ebenfalls in seinem Amt bestätigt.

Auch die drei Beisitzer Thomas Kluger, Marten Grimke und Andreas Schomaker konnten ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Neu im Vorstand sind die Beisitzer Georg Banderau und Thomas Nawrath.

Die aktuelle Lage im Nahen Osten, in Israel und vor allem auch in der israelischen Partnerstadt Magdeburgs, Kiryat Motzkin, wurde bei dieser Veranstaltung thematisiert. Gemeinsam wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass die Kampfhandlungen möglichst bald enden. Unsere Gedanken sind bei den Menschen vor Ort. Vor kurzem ging als Zeichen der Solidarität ein Paket mit Magdeburger Halbkugeln, einer regionalen Schokoladenspezialität, nach Israel. „Insbesondere die Beziehungen zu unserer Partnerstadt Kiryat Motzkin wollen wir weiter stärken – allem voran den Austausch zwischen den Menschen beider Städte. Darüber hinaus setzen wir uns „aktiv gegen jede Form von Antisemitismus, der sich häufig als Israelkritik tarnt, ein“, so Tobias Krull.



Der neue Vorstand der AG Magdeburg, es fehlt Thomas Nawrath

„Bezüglich der anstehenden Landtagswahl sehen wir die Notwendigkeit, alle Kräfte zu unterstützen, die sich für eine lebendige und angemessene Erinnerungskultur einsetzen. Einer Relativierung des Menschheitsverbrechens Shoah und

der Proklamierung, dass es keine Notwendigkeit mehr einer Aufarbeitung der NS-Verbrechen bedarf, werden wir mit aller Kraft entgegentreten“.

Tobias Krull
AG Magdeburg

Israels zweiter Platz beim ESC: ein klares Signal gegen Ausgrenzung und Boykott

Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, erklärt: Israels zweiter Platz beim Eurovision Song Contest ist ein großartiger Erfolg für Noam Bettan und ein deutliches Signal an all jene, die Israel von der ESC-Bühne drängen wollten. Nach massiven Boykottkampagnen, dem Rückzug mehrerer Länder und antiisraelischer Hetze rund um Israels Teilnahme haben europäische Jurys und Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer gezeigt: Israel gehört zum ESC.

Bemerkenswert ist dabei: Israel landete nach den Regeländerungen des diesjährigen Wettbewerbs erneut auf dem zweiten Platz. Noam Bettan erreichte Platz 8 in der Jurywertung und Platz 3 im Publikumsvoting.

Umso befremdlicher ist es, wenn nun deutsche Medien Bulgarien dafür feiern, den ESC vor einem israelischen Sieg „gerettet“ zu haben und einen Sieg Israels als Gefahr für den Wettbewerb selbst beschreiben. Das Gegenteil ist richtig: Nicht ein israelischer Erfolg beschädigt den Eurovision Song Contest, sondern die Vorstellung, ein demokratisches Abstimmungsergebnis sei nur dann akzeptabel, wenn Israel nicht gewinnt. Sollen Jurys und Publikum künftig aus Sorge vor den politischen Reaktionen auf einen israelischen Sieg anders abstimmen, als sie es musikalisch für richtig halten? Dann ginge es beim ESC endgültig nicht mehr um Musik. Wer so argumentiert, stellt den offenen und fairen Charakter des Wettbewerbs infrage.

Versuche, Israel über Kulturboykotte aus internationalen Wettbewerben und Bühnen zu drängen, dürfen gar nicht erst salonfähig werden. Solchen antisemitisch motivierten Ausgrenzungsversuchen muss überall entschieden entgegengetreten werden – gerade dann, wenn sie sich als vermeintliche Sorge um Kunst, Kultur oder Verständigung ausgeben.

AG Münster

Münster feiert 60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen

Am 17. November 2025 konnte Tilman Fuchs, neuer Oberbürgermeister von Münster, seinen ersten ausländischen Gast empfangen. Für solche Ereignisse kann die Stadt Münster mit dem Friedenssaal prunken, in dem 1648 der Dreißigjährige Krieg beendet wurde. Erster ausländischer Gast des Oberbürgermeisters war kein geringerer als Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in Deutschland.

So gab es zunächst einen Empfang in kleiner Runde im Friedenssaal des Rathauses, wo sich der Gast nach der Begrüßung ins Goldene Buch der Stadt eintrug und Vertreter und Vertreterinnen der Gruppen traf, die sich in der Westfalen-metropole besonders für Israel und Juden einsetzen. Auf eine Person musste er dabei zunächst verzichten: Regine Foerster, Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, war von der Polizei aufgehalten worden. Das hatte auch einen guten Grund: Regine Foerster hatte es geschafft, den Botschafter nach Münster nicht nur einzuladen, sondern ihn auch in die Stadt zu bekommen, was der hohe Gast später öffentlich feststellte: „Frau Foerster, ohne Sie wäre ich heute nicht hier.“ Regine Foerster war also Veranstalterin der Festlichkeit mit dem Botschafter und somit Ansprechpartnerin für die Sicherheitskräfte bei diesem Ereignis.

Was ist noch besser als der Friedenssaal? Der Erbdrostenhof ist ein barockes Palais aus dem 18. Jahrhundert, und diese Prachtentfaltung wurde aufgeboten, um 60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen würdig zu feiern. Bürgermeister Rosenau erinnerte an die Schwierigkeiten, die sich 1965, zwanzig Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs und der industriellen Ermordung der Juden ergaben.

Der Botschafter erwiderte die Rede und sprach über das Schicksal seiner Familie: sein Großvater sei 1933 rechtzeitig nach Palästina emigriert, in ein völlig fremdes Land. Ron Prosor fand deutliche Worte für das, was Israel zwei Jahre zuvor am 7. Oktober 2023 widerfahren war durch den Terrorakt der Hamas und ihrer Verbündeten, dem menschenverachtenden Regime der Mullahs. Stolz stellte er fest, dass junge Israelis in ihre Heimat zurückgekehrt seien, um zur



Regine Foerster und Ron Prosor

Waffe zu greifen und ihre Mitmenschen zu schützen und zu verteidigen. In anderen Kriegsgebieten sei es anders, dort würden junge Menschen vor der Gewalt fliehen. Leider, so musste Ron Prosor einräumen, habe man die Bereitschaft der Hamas zum Morden auch in Israel unterschätzt: „Sie wollen uns alle töten, egal ob Junge oder Alte, Rechte oder Linke, Orthodoxe oder Säkulare.“

Den Europäern und Deutschen gab er die Warnung mit auf dem Weg, dass diese Menschen mit ihrer mörderischen Ideologie längst in ihren Ländern angekommen seien.

Kurz ergriff Regine Foerster das Wort, danke den Anwesenden im vollen Erbdrostenhof und besonders dem Botschafter. Auch sie hob die Bedeutung der deutsch-israelischen Beziehungen hervor. Im Dezember lieferte der Vorstand in einer Mitgliederversammlung einen Rückblick auf seine Tätigkeit in den vergangenen Monaten. Es wurden Delegierte für die

Hauptversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gewählt. Als Anregung aus der Mitgliedschaft nahm man die Gründung eines monatlichen Stammtisches mit, der zwischenzeitlich gebildet wurde.

Im Februar hatten wir Prof. Dr. Alfons Kenkmann zu Gast, der im Shalomsaal der Jüdischen Gemeinde über seine Arbeit in der deutsch-israelischen Schulbuchkommission erzählte. Prof. Kenkmann ist in Münster kein Unbekannter, er war Gründungsdirektor der Villa ten Hompel. Die Villa ist Münsters Gedenkstätte für Verbrechen der Polizei und der Verwaltung in Westfalens Hauptstadt der Nazi-Zeit. Zuhörerinnen und Zuhörer erfuhren etwas über die Arbeit der Kommission, die Geschichte Israels in Schulbüchern adäquat darzustellen. Dabei ist die Kulturhoheit der sechzehn Länder eine echte Herausforderung.

Norbert Korfmacher
AG Münster

AG Nürnberg-Mittelfranken

Zwischen Idealismus und Realität: eine Perspektive für den Nahen Osten

Veteran Oren Gian zeigt persisch-israelische Perspektive auf

Oren Gian ist jüdisch-persischer Israeli und Veteran der International Cooperation Division der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF). Seine Arbeit in internationalen Kooperationen sowie sein Engagement in Jugend-Friedensinitiativen prägen seine Perspektive auf den Nahen Osten ebenso wie seine militärischen Einsätze während der Operation „Iron Swords“. Diese persönliche Sicht schilderte Oren Gian in seinem Vortrag „The Middle Eastern Reality from a Persian-Israeli Perspective“, zu dem die AG Nürnberg-Mittelfranken am 5. März 2026 eingeladen hatte.



Oren Gian

Der 7. Oktober und seine Folgen

Oren Gian schilderte persönliche Eindrücke und Gespräche mit Überlebenden des Kibbuz Be'eri und verdeutlichte, wie tief die Gewalt in das soziale Gefüge der betroffenen Gemeinden eingriff. Gian betonte, wie schwierig es unter diesen Bedingungen sei, an langfristigen Friedensperspektiven festzuhalten. Israels Stärke und Entschlossenheit seien entscheidend für den Schutz der eigenen Bevölkerung. Aber Israels Wehrhaftigkeit habe, so Gian, letztlich auch den Weg für mehrere Friedensabkommen mit arabischen Staaten geebnet.

Mutter schaltete sich live aus Israel zu

Der Vortrag wurde um eine weitere persönliche Perspektive ergänzt: Gians

Mutter schaltete sich live aus Israel zu und berichtete von ihren Erfahrungen. Sie schilderte eindrücklich die aktuelle Situation im Land, das Angriffen aus dem Libanon und dem Iran ausgesetzt ist. Trotz dieser Bedrohungslage bleibe der Alltag in Teilen stabil: auch wenn viele öffentliche Einrichtungen geschlossen seien, so arbeiteten Supermärkte und landwirtschaftliche Betriebe weiter, und auch der Flughafen sei wieder in Betrieb, um im Ausland gestrandeten Israelis die Rückkehr zu ermöglichen. Besonders eindrucksvoll waren ihre Erinnerungen an ihre Kindheit im Iran vor der Islamischen Revolution 1979 – eine Zeit, in der das Land als modern, fortschrittlich und kulturell vielfältig galt. Mit der Revolution habe sich dieses Bild jedoch grundlegend gewandelt: Repressionen, Gewalt

und zunehmende Einschränkungen hätten die Familie schließlich zur Flucht nach Israel und in die USA gezwungen.

Iran und regionale Dynamiken

Im Weiteren ging Gian auf den Iran und das aktuelle Konfliktgeschehen ein. Frieden im Nahen Osten sei nur durch Stärke erreichbar. Zugleich erinnerte er an die historischen und kulturellen Verbindungen zwischen Juden und Iranern und appellierte an die Bevölkerung im Iran, die gegenwärtige Situation als Chance für Freiheit und gesellschaftlichen Wandel zu nutzen. Gian betonte im Kontext des aktuellen Konflikts auch die gesellschaftliche Resilienz Israels, das nach schweren Angriffen stets den Weg des Wiederaufbaus und des Weiterlebens wähle. Die abnehmende Unterstützung der Hamas innerhalb der palästinensischen Bevölkerung deutete er als Hinweis, dass Entschlossenheit und Standhaftigkeit langfristig eine abschreckende Wirkung entfalten.

Fragerunde und Ausblick

In der anschließenden Diskussion äußerte Gian vorsichtigen Optimismus hinsichtlich möglicher politischer Veränderungen im Iran. Er unterstrich, dass Israel und die USA auf unterschiedliche Entwicklungen in der Region vorbereitet seien. Die Angriffe des Iran auf arabische Nachbarstaaten wertete er als Ausdruck innerer Schwäche. Die Diskussion machte deutlich, wie komplex die politischen und gesellschaftlichen Dynamiken im Nahen Osten sind.

Dr. Karin Eichele

AG Potsdam

Zwei Zeichen

Innerhalb von zehn Tagen hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Potsdam zwei ganz unterschiedliche Akzente gesetzt: eine öffentliche Solidaritätskundgebung vor dem Brandenburger Landtag und ein vertieftes Gespräch mit dem brandenburgischen Antisemitismusbeauftragten und seinem neuen wissenschaftlichen Team. Beide Termine gehörten zusammen – als Verbindung von Bekenntnis und Reflexion.

Im Juni riefen die DIG e.V. AG Potsdam und der DIG Berlin-Brandenburg e.V. unter dem Motto „Freiheit ist unteilbar – Solidarität mit Israel“ zu einer Kundgebung an der Ringerkonnade vor dem Brandenburger Landtag auf – zeitgleich zu einer antiisraelischen Demonstration in der Potsdamer Innenstadt. Mehr als einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten ein klares Zeichen: gegen Hamas, Hisbollah und Huthis, gegen das iranische Regime, gegen Doppelstandards und gegen das Schweigen, wenn Israel allein dasteht. Unter den Rednerinnen und Rednern war DIG-Präsident Volker Beck, der mit Blick auf die Lage in Deutschland fragte: „Warum steht vor jeder jüdischen Einrichtung ein Polizeiwagen? Weil jüdisches Leben in unserem Land gefährdet ist.“ Der brandenburgische Antisemitismusbeauftragte Andreas Büttner formulierte ein grundsätzliches Wort: „Israel verteidigt nicht nur seine Grenzen, es verteidigt unsere gemeinsamen Ideen von Zivilisation.“ Weitere Redner waren Linda Teuteberg, Kazem Moussavi, Ud Joffe und Karoline Preisler. Nur zehn Tage später kehrte dieses Anliegen im kleineren Kreis wieder. In den Räumen der Garnisonkirche Potsdam empfingen wir Andreas Büttner zusammen mit seinem neuen wissenschaftlichen Team: Dr. Matthias J. Becker, Linguist und Leiter



Foto: Alex Rossa

DIG-Präsident Volker Beck mit Holger R. Rohde bei der Kundgebung „Freiheit ist unteilbar – Solidarität mit Israel“ vor dem Brandenburger Landtag

des international vernetzten Forschungsprojekts „Decoding Antisemitism“ (University of Cambridge / Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin), und Dr. Verena Buser, Shoah-Historikerin und assoziierte Forscherin am Western Galilee College in Akko, die an der Universität Potsdam zu „Deutsch-Jüdischer Kindheit (1920–1945)“ habilitiert. Mit rund 25 Gästen diskutierten wir Fragen, die uns alle angehen: Wie steht es um das gesellschaftliche Bewusstsein zum Thema Antisemitismus? Was braucht es, um Hass und Vorurteilen wirksam zu begegnen? Welche Rolle spielen Zivilgesellschaft, Politik und Bildung – und jede und jeder Einzelne von uns? Becker zeigte an Beispielen aus seiner Forschung, wie sich antisemitische Codes im digitalen Raum oft verschleiert, plattformübergreifend und algorithmisch verstärkt verbreiten und warum sprach- und kontextsensitive Analyse nötig ist, um sie sichtbar zu machen. Buser machte deutlich, wie zentral historische Bildung – und die Verteidigung

präziser Begriffe – gerade angesichts revisionistischer Tendenzen in Teilen der internationalen Shoah- und Genozidforschung sind.

Bekenntnis auf der Straße und Analyse im Saal – beides gehört zusammen. Die Kundgebung vor dem Landtag formulierte die Grenze: Für antiisraelische Vernichtungsfantasien, die Dämonisierung Israels und die Relativierung antisemitischer Gewalt darf kein Platz sein. Das Gespräch in der Garnisonkirche formulierte die Aufgabe: Solidarität muss informiert, belastbar und dauerhaft sein. Die DIG AG Potsdam wird diesen Weg weitergehen – öffentlich, argumentativ und im Bündnis mit allen, die jüdisches Leben schützen und die Freundschaft mit Israel stärken wollen.

**„Nie wieder ist jetzt“
ist mehr als ein Hashtag.**

Holger R. Rohde
Vorsitzender der DIG-AG Potsdam



Foto: Gerhard Alwin

Dr. Matthias J. Becker, Dr. Verena Buser, Holger R. Rohde und Andreas Büttner im Gespräch in der Garnisonkirche Potsdam, 7. Juli 2025

AG Stuttgart

Stimmen aus Israel – Online-Panel

Im Frühjahr hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft Region Stuttgart e.V. den zehnten (!) Panel „Stimmen aus Israel“ präsentiert. „Stimmen aus Israel“ ist die einzigartige Möglichkeit, ungefilterte Eindrücke vom Denken und Empfinden der israelischen Zivilbevölkerung zu bekommen.

Die Reihe „Stimmen aus Israel“ der DIG Stuttgart ist ein Online-Panel, in dem seit dem 7. Oktober 2023 Menschen sprechen, um Einblicke in den Alltag, die Resilienz und die Sicherheitslage in Israel nach den Angriffen zu geben. Das Anliegen ist, mit Israelis (Angehörige von Geiseln, Überlebende des Massakers, Hinterbliebene und Betroffene des Krieges im Norden und andere) zu sprechen. So waren unter den Gästen Martin Sessler (מרטין ססלר) aus dem Kibbutz Magen, Ralf Levinson aus Kfar Aza, Nurit Katziry aus dem Kibbutz Sha'ar HaGolan, Gisela Dachs, Olga Deutsch (NGO Monitor), Chaya Tal (Gush Etzion), Alon David aus dem Kibbutz Dan, Chanan Cohen (Schwager von Gadi Moses), Ricarda Louk, Joel Bloch aus Shavei Zion, Gad Lior (Yedioth) aus Jerusalem, Ruby Chen (Vater von Itay Chen), Yuval Baron (Schwiegersohn von Aviva und Keith Siegel).

Das zehnte Panel fand 40 Tage nach Beginn des Krieges 2026 statt und es waren die gleichen Betroffenen dabei, mit denen beim neunten Panel („Stimmen aus Israel“) am sechsten Kriegstag gesprochen wurde – Silja Harel aus dem westlichen Galiläa unweit der Grenze zum Libanon, Zsuzsi Schindler aus dem Kibbutz Kfar Menachem im Süden, Andrea Livnat aus Tel Aviv und Uriel Kashi aus Jerusalem.

Zsuzsi Schindler berichtete über die Friedensbewegung, für die sie sich engagiert. Sie legte ihre heutigen Gedanken zu diesem Engagement dar: Beeindruckend war, wie Zsuzsi beschrieb, dass ihr Wunsch und ihr Engagement für Frieden untrennbar mit der Hochachtung vor den israelischen Streitkräften einhergeht. Dabei unterstrich sie die Bedeutung der Armee für die Gesellschaft und deren Verankerung in der Bevölkerung.

Andrea Livnat schilderte noch einmal die Strapazen der Israelis an der Heimat-



Oliver Vrankovic mit Zsuzsi Schindler und Andrea Livnat

front (knapp 180 Alarme im Großraum Tel Aviv), von der Schlaflosigkeit über die vielen durch Streumunition verursachten Einschläge bis zum Verschwimmen der Orientierung im Kriegsalltag. Auch hat Andrea den schwierigen mentalen Übergang zwischen Kriegsalltag und Alltag dargestellt und erklärt, wie herausfordernd dieser etwa für Eltern und Schüler*innen ist.

Silja Harel meldete sich aus dem Bunker und einer ganz anderen Realität. Die Orte im Norden werden ununterbrochen beschossen. Silja erklärte, wie man mit sechs Wochen Dauerbeschuss lebt und was sie trotzdem im Norden hält. Die Menschen im Norden – Juden und Araber –, so erläuterte sie, hängen an ihren Orten und ihrer schönen Landschaft und werden sich nicht wegbewegen lassen. Sie selbst versicherte, auch im Fall einer Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Kämpfe dort zu bleiben. Gleichzeitig bemängelte sie die unzureichende Unterstützung der Menschen im

Norden, die nicht nur von den Geschossen der Hisbollah bedroht sind, sondern auch von den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen.

Uriel Kashi rekapitulierte, wie die Pessach- und Osterfeiertage in Jerusalem (nicht) begangen wurden und teilte seine Eindrücke aus der (mensenleeren) Altstadt. Nachdem er beim letzten Panel den Krieg erklärt hatte, schilderte Uri jetzt Konstellationen und Optionen nach dem Waffenstillstand.

Die DIG Stuttgart ist im deutschsprachigen Raum eine wichtige israelsolidarische Organisation, insbesondere bezüglich des Austauschs auf zivilgesellschaftlicher Ebene.

Oliver Vrankovic wies zum Ende der 10. Ausgabe von „Stimmen aus Israel“ auf die Reise der DIG Stuttgart im Oktober hin, bei der es die Möglichkeit gibt, die Panelistinnen und Panelisten persönlich zu treffen.

Am sechsten Tag des Krieges hatten sie von ihrem persönlichen Kriegsalltag erzählt, vom Alltag unter Feuer in den jeweiligen Orten und wie Raketenalarme ablaufen. Sie ermöglichten einen Einblick in die Sorgen um Familie, Anspannung, Müdigkeit und Verlust des Zeitgefühls. Gleichzeitig entstand ein Eindruck von der Resilienz der Israelis und ihrer Bereitschaft, den Krieg an der Heimatfront durchzustehen, wenn dafür das iranische Regime fällt.

Der Krieg wurde mit den anderen Kriegen in den letzten Jahren verglichen. Silja Harel betonte den wichtigen Aspekt, dass die Israelis bei diesem Krieg keine Angst um die Geiseln haben müssen. Zsuzsi Schindler berichtete von Zeiten vor der islamischen Revolution aus israelischer Sicht und beschrieb das Vertrauen der Israelis in ihre Armee, von der man sich trotz des 7. Oktober beschützt fühle. Andrea Livnat erklärte die Ideologie des iranischen Regimes und machte verständlich, warum

dieses eine existentielle Gefahr für Israel darstellt. Uriel beschrieb eindrücklich den iranischen Expansionismus in der Region und erklärte verständlich das Vorgehen des Iran in diesem Krieg. Silja Harel analysierte darüber hinaus aus israelischer Sicht die Berichterstattung über den Krieg in Deutschland und stellte fest, dass die guten Gründe für Israel, das iranische Regime militärisch zu bekämpfen, ungenügend abgebildet werden.

Bei der Fragerunde begannen dann Alar-me, die erst den Moderator, dann die verschiedenen Panelistinnen und Panelisten betrafen und das Panel auflösten.

Schon im Juni 2025 hatte die DIG Stuttgart ein Panel zum Krieg gegen das iranische Regime und die Situation an der Heimatfront. Andere Ausgaben von „Stimmen aus Israel“ hatten als Schwerpunkt das Geiseldrama, die Massaker am 7. Oktober, den schwierigen Neubeginn und die Situation im Norden.

Die einstimmige Rückmeldung zu allen Ausgaben war die Versicherung, solche Einblicke nirgendwo sonst zu bekommen und eine damit korrespondierende Kritik an der deutschen Israel-Berichterstattung. Auch wurde am Ende jeder Ausgabe immer diskutiert, was die deutsche Israelsolidarität für die Menschen in Israel tun könnte und sollte.

Das Format ist bewusst so angelegt, dass sich nicht Politikerinnen und Politiker oder Hasbara-Profis austauschen, sondern Menschen aus der Zivilbevölkerung. Die Online-Veranstaltung mit Gästen aus Israel hat sich zum wichtigen Format entwickelt, um sich in Deutschland ein authentisches Bild der Lage in Israel machen zu können.

Die einzelnen Ausgaben haben 70-90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, beim Panel zum Jahrestag des 7. Oktober haben sich mehr als 150 Interessierte angemeldet.

Oliver Vrankovic

AG Westmünsterland

Und es werde Licht

Der in Tel Aviv geborene und jetzt in Berlin lebende freischaffende Autor Igal Avidan kam auf Einladung der DIG Westmünsterland nach Bocholt. Gastgeber war die hiesige Gesellschaft für Kunst und Kultur. Avidan berichtete aus Israel, wo Juden und Araber im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung durchaus ein Zusammenleben gefunden haben, das den Vorstellungen von ewigem Hass nicht entspricht. Eine friedliche und zugleich brüchige Koexistenz auf dem Vulkan wurde deutlich anhand von Reportagen, die der Autor in einer Monografie unter dem Titel „... und es wurde Licht“ zusammengetragen hatte. Gegenseitige Übergriffe waren und sind in aller Munde, gegenseitige Hilfe, Solidarität, Nachbar- und Freundschaft aber nicht. Das wurde den gut 40 Besucherinnen und Besuchern an diesem Abend deutlich.

Wolfgang Buschfort
AG Westmünsterland



Igal Avidan liest aus seinem Buch.

Foto: Wolfgang Buschfort

Joachim A. Lang und Thomas Weber

Nach der Nacht

Holocaustüberlebende über die Zukunft der Demokratie

Sieben hochbetagte Überlebende aus den Konzentrationslagern Auschwitz, Theresienstadt und Dachau blicken in diesem Interviewband noch einmal auf ihr persönliches Schicksal („dunkelste Nacht“) zurück. Schwerpunktmäßig geht es ihnen aber darum, was „nach der Nacht“ kam, wie sie die Entwicklung unserer Demokratie, die übereinstimmend seit 1945 noch nie so auf der Kippe stand, heute einschätzen. Das „Nie wieder!“ habe sich in den letzten Jahren in einen Scherbenhaufen verwandelt.

Vieles aus der Gegenwart lässt sich mit der Zeit von 1914–1945 vergleichen, in der politische und soziale Krisen zunahm. Heute wie damals sind Desinformation, Demagogie und Manipulation auf dem Vormarsch und drängen liberale Demokratien zurück. Im Dritten Reich halfen dabei Radio, Kino, Massenveranstaltungen und Lautsprecher. Heute beschleunigen die „neuen Sozialen Medien“ Hass und Antisemitismus. Elly Gotz (97 Jahre) meint, wir haben zwar das Telefon und Internet erfunden, aber sozial seien wir dumm und viele können Menschen mit anderer Religion, Hautfarbe oder Herkunftsland „nicht ausstehen“.

Zu welchen Schlüssen und Forderungen kommen die Holocaustüberlebenden? Was bringt nach der Nacht wieder „Licht“ in die Welt? Wie wird ein Abgleiten in die Finsternis verhindert? Leon Weintraub warnt, dass die Rechtsaußenparteien den ersten Schritt zur Menschenverachtung bereits vollendet haben.

Wichtig sei die Vermittlung „vopolitischer Werte“, die dem Zusammenleben in der Gemeinschaft zugrunde liegen, also Liebe, Nächstenliebe, Mitgefühl, Trost, Hoffnung geben, Menschlichkeit, Solidarität – entgegen Hass, Gier, Extremismus und Jammern. Eltern und Lehrer können das alles positiv vorleben.

Kinder und Jugendliche müssen „aufgeklärt“ werden, denn bei ihnen gedeihe noch der Samen der Werte. Humanistische Allgemeinbildung, Ethik- und Geschichtsunterricht sollten Mittelpunkt der Schulbildung werden. Schüler müssen wieder viel mehr an Literatur herangeführt werden, wo sie Mitgefühl entwickeln können. Das Buch über „Onkel Toms Hütte“ zum Beispiel erwecke Mitgefühl und Empathie.

Die heutige Zeit erfordert Wissen darüber, wie Desinformation, Demagogie und Verschwörungstheorien im digitalen Raum funktionieren. Leider werden Zeitungen und Bücher auch in Deutschland immer weniger gelesen, oft sind es Häppchen oder Infosnipsel und Fake News von TikTok, das wie Opium wirke.

Politik sollte dafür sorgen, den digitalen öffentlichen Raum einzuhegen und zu befrieden und klar und konkret gegenüber extremistischen und Rechtsaußenparteien handeln. Die Justiz müsse Straftaten konsequent verfolgen, eventuell Parteien verbieten.

Elly Gotz, Ernst Grube, Charlotte Knobloch, Eva Szepesi, Eva Umlauf, Leon Weintraub und die inzwischen verstorbene Margot Friedländer ließen und lassen sich ihren Kampfeswillen nicht nehmen. Für sie ist „Nie wieder!“ keine Phrase, sondern ein Versprechen.

Joachim Lang, der Regisseur des 2024 in Zusammenarbeit mit den sieben Holocaustüberlebenden produzierten Films „Führer und Verführer“, und der Historiker und wissenschaftliche Berater Prof. Thomas Weber haben sich mit diesem Buch zum Ziel gesetzt, kommende Generationen „gegen falsche Versuchungen zu immunisieren und die Welt nach dem Untergang wieder zu reparieren“.

Berthold Schöffner



Joachim A. Lang und Thomas Weber;
Nach der Nacht.
Holocaustüberlebende über die Zukunft der Demokratie
 Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2026
 ISBN 978-3-451-39667-0
 20 Euro

Katharina Höftmann und Sohrab Shahname schreiben den Hass hinweg

Plötzlich hat der Erzfeind einen Namen

Als Katharina Höftmanns „Über den Hass hinweg. Briefe zwischen Tel Aviv und Teheran“ im Frühjahr 2025 erschien, war es ein mutiges Buch. Dass seine Veröffentlichung ausgerechnet mit dem Ausbruch des Zwölftegekrieges zwischen Israel und Iran zusammenfiel, wirkt im Rückblick fast symbolisch. Ein Jahr später ist es immer noch erschreckend aktuell.

Seit sechzehn Jahren lebt die 1984 in Rostock geborene Katharina Höftmann Ciobotaru in Tel Aviv. Mit ihren Romanen und Kolumnen zählt sie heute zu den wichtigsten deutschsprachigen Stimmen aus Israel. „Alef“ aus dem Jahr 2021 war für mich eines der schönsten Bücher über Israel der vergangenen Jahre. Katharina hat eine besondere Gabe: Sie erklärt Israel nicht. Sie lässt einen Israel – auch durch starke autobiografische Anteile – fühlen und erleben. Mit „Über den Hass hinweg“ geht sie nun noch einen Schritt weiter. Diesmal ist es kein Roman. Diesmal ist alles wirklich.

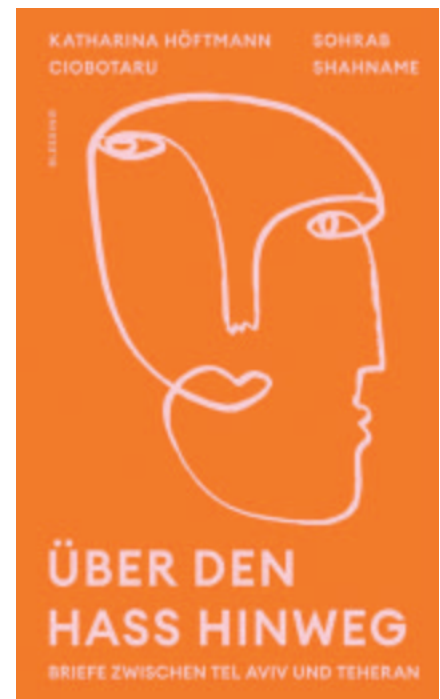
Die Geschichte des Buches beginnt unspektakulär: Ein Mann aus Teheran schreibt Katharina auf Instagram. Anfangs ignoriert sie ihn. Eine israelische Staatsbürgerin, ein unbekannter Iraner, Social Media – das schreit erst einmal nicht nach Vertrauen. Dann kommt der 7. Oktober 2023. Und plötzlich schreibt dieser fremde Mann wieder. Zeigt Anteilnahme, während viele andere aus ihrem Umfeld nach dem 7. Oktober schweigen. Aus diesem berührenden Moment entsteht ein sehr persönlicher Briefwechsel mit einem jungen Iraner, für den dieser Kontakt im schlimmsten Fall lebensgefährlich sein kann.

Dementsprechend ist auch Sohrab Shahname nicht der wirkliche Name des Co-Autors des Buches.

Was dann folgt, ist keine politische Analyse. Katharina und Sohrab schreiben sich über Familie, Kindheit, Lieblingsorte, Einsamkeit, Angst, Essen, Sehnsucht und

Freiheit. Natürlich geht es auch um Politik. Um das iranische Regime. Um Propaganda. Aber eben nicht zuerst. Vielmehr geht es um all das, was zwei Menschen verbindet, die geografisch gar nicht so weit voneinander entfernt sind, aber in zwei völlig verschiedenen, zudem verfeindeten Welten leben. Man spürt schnell, dass sich hier zwei Menschen begegnen, die sich erstaunlich ähnlich sind und einander viel zu sagen haben. Dass Katharina eine erfahrene Autorin ist, verleiht den Briefen – die eigentlich E-Mails sind – eine besondere literarische Tiefe. Aber auch der vermeintlich unerfahrenere Schreiber Sohrab, der im wirklichen Leben Fotograf ist, überrascht mit einer oft poetischen Sprache, die berührt und die Leserin und den Leser Seite um Seite weiterblättern lässt. Überhaupt ist der Spannungsbogen durch die sich zuspitzende politische Lage und die allgegenwärtige Bedrohung durchgehend hoch.

Der Konflikt zwischen Israel und Iran ist real. Der Vernichtungsantisemitismus der Mullahs ist real. Und trotzdem zeigt dieses Buch, dass diese Feindschaft nicht zwischen Iranern und Israelis besteht. Dass vielmehr beide Völker überraschend viel verbindet. Diese Erkenntnis machen wir gemeinsam mit der Autorin. Ein Aha-Moment, der auch eine Erklärung dafür ist, warum im aktuellen Krieg mit dem Iran große Solidarität zwischen großen Teilen der iranischen Bevölkerung und den Menschen in Israel sichtbar wird. Warum der Wunsch, nach dem Fall des Regimes gemeinsam in Teheran zu tanzen und zu feiern – über Social Media während der letzten iranischen Bombardierungen in



israelische Bunker getragen – mehr ist als nur eine schöne Idee. Vielleicht ist das die größte Stärke dieses Buches: Es ersetzt Feindbilder durch Gesichter. Ideologien durch Geschichten. Und vermeintliche Gewissheiten durch echte Begegnung. Und es gibt Hoffnung.

Nachsatz: Mit dem Vorschuss für das Buch gelang Sohrab Shahname die Flucht aus dem Iran. Was über Monate nur zwischen Bildschirmen und in E-Mails existierte, könnte damit schon bald Wirklichkeit werden: die erste echte Begegnung der beiden.

Anja Glenk
AG Dresden

Der israelische jiddische Schriftsteller Emil Kalin auf Lesereise in Niedersachsen

Vom Schreiben in einer Sprache, die nur wenige beherrschen

Vier Städte in Norddeutschland bereiste der jiddische Schriftsteller Emil Kalin. Im Mittelpunkt der dortigen Veranstaltungen stand sein Roman „Zusammenbruch“

Nur wenigen Menschen ist bekannt, dass neben der hebräischen auch eine kleine jiddische Literaturszene in Israel existiert. Ein wichtiger Bezugspunkt dabei ist das Leyvik-Hois in Tel Aviv. Dort finden regelmäßig jiddischsprachige Kulturveranstaltungen statt und das Leyvik-Hois publiziert – in diesem Fall gemeinsam mit der Yiddish-Branzhe in New York – seit Jahren neue jiddische Literatur. So auch 2024 den Roman, der Gegenstand der Lesereise war.

Emil Kalin, der mit seiner Familie als Kleinkind 1980 aus Rumänien nach Israel emigrierte, gehört zu den wenigen säkulareren Menschen seiner Generation, die mit Jiddisch als Muttersprache aufwuchsen. Die lebendige Sprache erlernte er in der Familie, insbesondere von den Großeltern, die vor der Shoah in einem kleinen rumänischen Städtel geboren wurden.

„Zusammenbruch“ beschreibt einen jungen Mann aus dem ultraorthodoxen Milieu, dem dieses zu eng ist, der sich teilweise daraus gelöst hat, zur Armee geht, Jura studiert und nun in einer Rechtsanwaltskanzlei als angestellter Advokat arbeitet. Seine eigentliche Passion ist jedoch, Schriftsteller zu werden, ein Wunsch, der in seiner Umgebung auf einhellige Ablehnung stößt. Weder zuhause noch beruflich ist er zufrieden, die Ehe ist schwierig, in der Kanzlei ist er marginalisiert und gerät durch die Ansprüche an seine Person und die unterschiedlichen Welten, in denen er nicht leben kann, immer weiter unter Druck. Dieser Druck führt zum psychischen Zusammenbruch, einem Aufenthalt in der Nervenklinik und nach der Entlassung dort in die äußere Katastrophe des 7. Oktober.

Trotz des depressiven Themas zieht einen der durchaus unterhaltsame Text, der sich teilweise zwischen Groteske und Schelmenroman bewegt, in den Bann. Es handelt sich, so der Autor, um eine Facette der israelischen Gesellschaft in der Zeit nach der Corona-Pandemie bis zum 7. Oktober. Das ultraorthodoxe Milieu wird gelegentlich krass, der Protagonist aber nicht ohne Empathie beschrieben. Die Erzählung gewährt Einblick in eine Welt, die nicht nur dem deutschen Zuhörer, sondern auch der säkularen Leserin ansonsten verschlossen ist.

Da noch keine Übersetzung in eine andere Sprache existiert, musste diese zumindest für die zum Vorlesen ausgewählten Kapitel erst von mir gefertigt werden. Der Erfolg der Veranstaltungen rechtfertigte im Nachhinein jedoch den Aufwand.

In Hannover fand die Lesung – die Schauspielerin Christiane Ostermayer las auf Deutsch, anschließend der Autor den Schluss noch einmal auf Jididisch – in der gut gefüllten Jüdischen Bibliothek statt. Das Publikum folgte dem Text mit Spannung und lachte befreit an den Stellen mit Situationskomik.

Auch in Gifhorn war der Raum gut gefüllt, hier kam es zu einem intensiven Gespräch mit dem Autor über die Entstehung des Buches und was es bedeute, in einer Sprache zu schreiben, die, abgesehen von den Ultraorthodoxen, die säkulare Bücher nicht lesen – und solche, die ihr Milieu kritisch beleuchten schon gar nicht –, nur noch von einer winzigen Minderheit gesprochen wird. Kalin habe, so sagte er, seine Leser nicht nur in Israel, sondern ebenso in New York, in Paris und London, in Polen und in Russland – und, wie er durch



Emil Kalin

die Einladung zu dieser Reise erfahren habe, auch in Deutschland.

In Oldenburg sprang der Schauspieler Günther Schaupp aus Hamburg als Vorleser für den deutschen Text ein, hier fand die Veranstaltung in den Räumen der Jüdischen Gemeinde statt. Menschen der 2. Generation der Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, in der sich viele auch wieder für die Sprache ihrer Vorfahren interessieren, stellte hier die Fragen. Auch in Leer, wo die letzte Lesung stattfand, gab es ein interessiertes Publikum.

Das Fazit: Es waren vier rundherum schöne Literaturabende, die in der gegenwärtigen Situation zeigten, dass Israel mehr ist als Konfliktpartei in einem Krieg: das Land besitzt und eine Zivilgesellschaft, die so plural ist wie wohl nur wenige auf der Welt sonst.

Kay Schweigmann-Greve
Vorsitzender der AG Hannover
Regionalbeauftragter für Niedersachsen

Abschied von Magdalene Krumpholz

Jahrzehnte des Engagements in Bonn und Bund

Magdalene Krumpholz ist tot. Die ehemalige Vizepräsidentin im Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (1989 bis 2000) und langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Bonn, starb am 28. November 2025. Sie war Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und seit 2001 Ehrenmitglied der Bonner DIG-AG.

Magdalene Krumpholz, geboren 1931, trat am 16. Dezember 1982 in die Bonner Arbeitsgemeinschaft der DIG ein, wurde 1985 in deren Vorstand gewählt und 1987 dessen Vorsitzende. Bis 2001 prägte sie nachhaltig und mit großem Engagement die Arbeit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bonn und darüber hinaus.

Von Beruf Lehrerin, war es ihr ein besonderes Anliegen, für mehr Verständnis zwischen Deutschen und Israelis zu werben und vor allem Jugendliche an dieses Thema heranzuführen: Sie organisierte einen Lehrer- und Schüleraustausch mit jüdischen und arabischen Schülerinnen und Schülern aus Israel und Bonner Schulen, der mehrere Jahre erfolgreich stattfand und zahlreiche Freundschaften begründete. Legendar waren die unter ihrer Regie stattfindenden dreitägigen DIG-Wochenendseminare mit Referentinnen und Referenten aus Israel und Deutschland: Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Publizistik, Kunst und Kultur beleuchteten in Workshops und Podiumsvorträgen Unterschiede und Gemeinsamkeiten israelischen und deutschen Lebens und diskutierten mit dem immer zahlreichen Publikum. Wichtig war Magdalene Krumpholz dabei, dass Schülerinnen und Schüler – etwa aus dem Viller-Gymnasium in Erftstadt – daran teilnahmen.

Ihr gelang es, die Ausstellung „Die ‚Jeckes‘ in Israel – Der Beitrag der deutschsprachigen Einwanderer zum Aufbau Israels“, die bereits erfolgreich in Israel gezeigt worden war, nach Bonn zu holen. Gemeinsam mit dem Vorstand übernahm sie die Redaktion eines viel beachteten und bis heute zum Thema grundlegenden Katalogs. Unter der Schirmherrschaft von Staatspräsident Ezer Weizman und Bundespräsident Ro-



Magdalene Krumpholz am 26. Januar 2002

man Herzog wurde die Ausstellung von Botschafter Avi Primor im Museum König eröffnet, am Ort der Beratung des Grundgesetzes in den Jahren 1948–49.

Ihr allseits anerkanntes Engagement, das Bewusstsein um die Bedeutung der deutschen Geschichte und das entsprechende Einfühlungsvermögen führten dazu, dass sie regelmäßig an gemeinsamen Tagungen mit der Israelisch-Deutschen Gesellschaft in Israel teilnahm. Viele Freundschaften entstanden und führten sie – oft zusammen mit ihrem Mann Helmut – zu privaten Besuchen nach Israel.

Ein besonderes Anliegen waren ihr die „Begegnungswochen“, zu denen die Stadt Bonn mehr als 30 Jahre lang jüdische Überlebende der Shoah einlud. Gemeinsam mit der Bonner Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus organisierte sie Gespräche für Schülerinnen und Schüler mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Auch dabei entstanden lebenslange Freundschaften.

Ihre enge Zusammenarbeit mit der Synagogengemeinde war durch Respekt und große Sympathie geprägt. Tatkräftig unterstützte sie persönlich Überlebende der Shoah, die in Bonn und der Region lebten. Als Magdalene Krumpholz nach 14-jähriger Tätigkeit im September 2001 nicht mehr für das Amt der Vorsitzenden kan-

didierete, wurde sie von der Mitgliederversammlung zum Ehrenmitglied ernannt. Israels Botschafter Shimon Stein sprach bei dieser Gelegenheit im Gemeindesaal der Bonner Synagoge über die Lage im Nahen Osten und endete seinen Dank für die kritische Solidarität der DIG mit Israel mit den Worten: „Wenn wir viele Frau Krumpholz in Deutschland gehabt hätten, wären wir sehr glücklich gewesen.“ (Generalanzeiger Bonn 06.09.2001).

Am 26. Januar 2002 stand dann auch ein Abend des Jahresseminars „Erinnerung und Nationale Identität in Israel und Deutschland“ ganz im Zeichen des persönlichen Danks der Mitgliedschaft an Magdalene Krumpholz. Viele Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter wie die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und die Vorsitzende der Synagogengemeinde Bonn Margaret Traub kamen. Der langjährige israelische Botschafter Avi Primor und der Präsident der DIG Hans Koschnik sandten Grußworte.

Das große Engagement von Magdalene Krumpholz und ihre menschliche Zuwendung motivierten die Arbeitsgemeinschaft lange über ihre aktive Zeit hinaus. Bis heute ist sie ein Vorbild und wir werden sie stets in ehrender Erinnerung behalten.

Astrid Mehmel
AG Bonn

Foto: Astrid Mehmel

Die DIG vor Ort

Augsburg-Schwaben e.V.
vorstand@dig-augsburg.de

Bamberg
bamberg@digev.de

Bayreuth-Oberfranken
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.
schalom@digberlin.de

Bielefeld
bielefeld@digev.de

Bodensee-Region
bodensee-region@digev.de

Bonn
bonn@digev.de

Braunschweig
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.
schalom@dig-bremen.de

Buxtehude
buxtehude@digev.de

Chemnitz
chemnitz@digev.de

Cottbus
cottbus@digev.de

Darmstadt
darmstadt@digev.de

Dortmund
dortmund@digev.de

Dresden
dresden@digev.de

Duisburg-Mülheim-Oberhausen
duisburg@digev.de

Düsseldorf
duesseldorf@digev.de

Erfurt
erfurt@digev.de

Frankfurt am Main
frankfurt@digev.de

Freiburg
freiburg@digev.de

Gießen
giessen@digev.de

Gifhorn
gifhorn@digev.de

Göttingen
goettingen@digev.de

Halle-Umland
halle@digev.de

Hamburg
hamburg@digev.de

Hannover
hannover@digev.de

Heidenheim
heidenheim@digev.de

Heilbronn
heilbronn@digev.de

Kaiserslautern
kaiserslautern@digev.de

Kassel
kassel@digev.de

Köln
koeln@digev.de

Leipzig
leipzig@digev.de

Magdeburg
magdeburg@digev.de

Mainz
mainz@digev.de

Memmingen/Kempten-Allgäu
memmingen@digev.de

Mittelbaden
mittelbaden@digev.de

München
muenchen@digev.de

Münster
muenster@digev.de

Nordhausen
nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken
nuernberg@digev.de

Oldenburg
oldenburg@digev.de

Osnabrück
osnabrueck@digev.de

Ostfriesland
ostfriesland@digev.de

Passau
passau@digev.de

Potsdam
potsdam@digev.de

Regensburg-Oberpfalz
regensburg-oberpfalz@digev.de

Rhein-Neckar/Mannheim
rhein-neckar@digev.de



Saar
saar@digev.de

Schleswig-Holstein
schleswig-holstein@digev.de

Schwerin
schwerin@digev.de

Speyer-Pfalz
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.
info@dig-stuttgart.net

Trier
trier@digev.de

Ulm/Neu-Ulm
ulm@digev.de

Weimar
weimar@digev.de

Westmünsterland
westmuensterland@digev.de

Wiesbaden
wiesbaden@digev.de

Witten
witten@digev.de

Würzburg
wuerzburg@digev.de

Junges Forum
jufo@digev.de

Social-Media-Kanäle

DIG

- @DIG – Deutsch-Israelische Gesellschaft
- @DIGeV_de
- @digev_de
- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.

Junges Forum

- @JuFoDIGeV
- @JuFoDIG
- @JuFoDIG

DIG-Bundesgeschäftsstelle

Simone Hartmann
Geschäftsführerin der DIG e.V.
Reinhardtstraße 12–16 | 10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
Fax +49 (0)30 80 90 70-31
info@digev.de | www.digev.de



Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

- 1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
- 2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
- 3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
- 4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
- 5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus,

Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
- 6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
- 7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
- 8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
- 9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
- 10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
- 11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlicher Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 12–16 | 10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
info@digev.de | www.digev.de

